

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Band:** 193-194 (2015-2016)

**Artikel:** GGG 1777-1914 : Basler Stadtgeschichte im Spiegel der "Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige"  
**Autor:** Janner, Sara / Fiechter, Hans Ulrich  
**Kapitel:** 2.2.: Finanzen und Finanzierung der GGG  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006821>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## <sup>2</sup> Finanzen und Finanzierung der GGG

### <sup>2.1</sup> Finanzen und Finanzierung der GGG und ihrer Kommissionen

Pflegte die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in der Öffentlichkeit von Anfang an sehr offen und ausführlich über ihre Tätigkeit und ihre Mitglieder zu berichten, blieb die Einsicht in ihre Finanzverhältnisse lange ausschliesslich den Mitgliedern der Gesellschaft vorbehalten, die die Sitzungen regelmässig besuchten und dort vom Vorstand oder dem Seckelmeister mündlich informiert wurden. Einige Kommissionen verfolgten in dieser Hinsicht jedoch schon früh eine andere Politik. Die Krankenkommission, die von der GGG als selbständige Organisation 1783 gegründet wurde, veröffentlichte zum Beispiel bereits 1785 einen ausführlichen Kassabericht über Ausgaben und Einnahmen. Alle Spenden, auch die kleinsten Beiträge, wurden im Kassabericht in chronologischer Ordnung aufgeführt. Grössere anonyme Beiträge wurden sogar in den «Wöchentlichen Nachrichten» in aller Öffentlichkeit «verdankt», da sie ja nicht persönlich verdankt werden konnten. Durch die Publikation aller Einzelspenden versuchte die Kommission, möglichst viele Basler Bürger zu motivieren, ihre Tätigkeit zu unterstützen und damit die von der Kommission angestrebte rationellere und kostengünstigere Versorgung der Kranken in der Stadt zu ermöglichen. Nicht weniger minutiös dokumentierte die Kommission ihre Ausgaben und rechtfertigte diese ausführlich im Jahresbericht. Seit 1787 gab die Krankenkommission zusätzlich auch ein nach Kirchgemeinden geordnetes «Verzeichnis der Herren, welche die Besorgung der armen Kranken für das Jahr 1788 übernommen, und wie sich dieselben eingetheilt haben», heraus, um so den Spendern die Zustellung der Gelder an den in ihrem Quartier zuständigen Krankenpfleger oder den von ihnen persönlich bevorzugten Pfleger zu erleichtern.<sup>1</sup> Die Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben war für die Krankenkommission der einzige Weg, um den kontinuierlichen Geldfluss zu erzielen, den sie zur Finanzierung ihrer Arbeit benötigte.

Die Zentralgesellschaft liess sich mit der Veröffentlichung ihres Rechnungsberichtes hingegen mehr Zeit. 1784 wurde erstmals am Schluss des Jahresberichts des Vorstehers eine einfache Gegenüberstellung von Ein- und Ausgaben veröffentlicht, zusammen mit der Zahl der Mitglieder: Die Mitgliederzahl hatte sich nach dem Tod Isaak Iselins 1782 und den Auseinandersetzungen innerhalb der Basler Aufklärer<sup>2</sup> bedrohlich vermindert. Die

Gesellschaftskasse wies erstmals ein Defizit aus und war dringend auf die finanzielle und ideelle Hilfe ihrer Mitglieder angewiesen.<sup>3</sup> Vorher und nachher beschränkte sich der Vorsteher bis 1799 auf allgemeine Angaben zum Verhältnis von Ein- und Ausgaben oder kommentierte einzelne Ausgaben. Ein gedruckter Kassabericht, der darlegte, wie die Gesellschaft die einzelnen Kommissionen und andere Projekte unterstützte, erschien erst ab 1800. Da sich das erste Kassabuch der Gesellschaft für die Jahre 1777–1802 und die dazu gehörigen Belege jedoch erhalten haben sowie alle Jahresabrechnungen der Seckelmeister, die an der sogenannten «Schlussitzung» verlesen wurden, kennen wir auch die Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft vor 1800.<sup>4</sup>

Noch zurückhaltender als über ihre Kassaverhältnisse informierte die Gesellschaft über ihre Vermögensverhältnisse. Der Aufbau des Gesellschaftsvermögens erfolgte bis 1827 unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Anlagen in Wertpapieren und hypothekarischen Anleihen wurden in der Jahresrechnung erst ab 1810 summarisch unter dem Kassabestand aufgeführt. Vorher wurden nur die Zinsen aus den Anlagen in den Einnahmen und anfallende Gebühren und Verluste in den Ausgaben der Jahresrechnung ausgewiesen; Angaben zum Gesamtvermögen der Gesellschaft finden sich erstmals in der Jahresrechnung von 1826. Ein separater Vermögensstatus wurde aber erst 1827 zum fünfzigsten Jubiläum der Gesellschaft zusammen mit der Jahresrechnung veröffentlicht, fast dreissig Jahre nach der ersten öffentlichen Jahresrechnung. Die Veröffentlichung des ersten Vermögensstatus markierte einen Mentalitätswechsel in der Führung der GGG. Die Liberalen, eine Gruppe junger, akademisch gebildeter Politiker um den Juristen Carl Burckhardt-Paravicini, die sich für eine Modernisierung von Verwaltung und Wirtschaft einsetzten und damals den GGG-Vorstand dominierten,<sup>5</sup> brachen mit der bisher üblichen Praxis wohltätiger Vereine und Einrichtungen, Vermögenswerte nicht öffentlich zu machen, um die Spendenfreudigkeit der Geber nicht zu vermindern. Eine rationell geführte gemeinnützige Organisation war in ihren Augen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu führen, die dem angestrebten Ziel angepasst sein sollten. Wachstum und Vermögensbildung bewiesen die Solidität der Unternehmungen der GGG. Leistung und Stabilität sollten Vertrauen schaffen und Geber zu Legaten und Spenden veranlassen. Die Liberalen kämpften auch politisch für eine Offenlegung der Staatsfinanzen.<sup>6</sup>

Die Entwicklung der Vermögensverhältnisse der GGG ist eindrücklich. Dank Legaten und geschickten Anlagen vermehrte sich das Gesellschaftsvermögen zwischen 1778 und 1828 um mehr als das Zehnfache und stieg von Fr. 1 968.– auf Fr. 25 189.– an.<sup>7</sup> Dieser Betrag entsprach 1828 mehr als dem Dreifachen der Jahresausgaben von Fr. 7591.– und war laut Jahresrechnung von 1828 zu fast zwei Dritteln in Obligationen und hypothekarisch gesicherten Schuldtiteln angelegt.<sup>8</sup> 1877, beim hundertsten Jubiläum, betrug das Vermögen der GGG beinahe Fr. 150 000.–, hatte sich also seit 1828 versechsfacht. Aber auch die Ausgaben der Zentralkasse hatten

[Abb. 35a]

[Abb. 35b]



[35a] Seite aus dem ältesten Kassabuch der GGG mit links den Einnahmen und rechts den Ausgaben für das Jahr 1777 in der Handschrift von Peter Burckhardt-Forcart, Schwager von Isaak Iselin.

[35b] Ausschnitt des Vorderdeckels des Kassabuchs mit dem Schild: «Cassa-Buch – über die Verfassung [d. h. den Finanzzustand] der Gesellschaft zur Aufmunterung und zur Beförderung des guten und des Gemeinnützigen».

zugenommen. Das Vermögen entsprach – im Vergleich zu 1828 – immer noch, wie schon 1828, etwas mehr als dem Dreifachen der jährlichen Ausgaben. Im letzten Viertel des Jahrhunderts wuchs das Vermögen der Gesellschaft am stärksten, trotz der gleichzeitigen nicht weniger starken Steigerung der Ausgaben. 1900 war das Gesellschaftsvermögen auf rund Fr. 482 000.– angestiegen, hatte sich also seit 1828 um rund das Fünfzehnfache vermehrt oder seit 1877 mehr als verdreifacht und entsprach 1900 fast dem Sechsfachen der jährlichen Ausgaben von rund Fr. 65 000.–. Diese positive Vermögensentwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Einnahmen der GGG. Nach 1860 wurden die Zinsen und Dividenden ein immer wichtigerer Bestandteil der Einnahmen. Dieser nahm im Gegensatz zum Anteil der Mitgliederbeiträge relativ und absolut zu: Um 1860 entsprachen die Einnahmen aus Zinsen einem Drittel der Mitgliederbeiträge, um 1900 bereits der Hälfte.

Durch die Offenlegung der Vermögensverhältnisse entstand ein gewisser Rechtfertigungsdruck angesichts des ständig wachsenden Gesellschaftsvermögens. 1837 verteidigte der Theologe Karl Rudolf Hagenbach die seit 1827 eingetretene Zunahme des Gesellschaftsvermögens mit den Worten: «*Da es nun nicht in dem Zweck unserer Gesellschaft liegen kann, Kapitalien zu häufen, sondern da eine weise Sparsamkeit nur die Dienerin der Gemeinnützigkeit selbst sein soll, die wieder ausgiebt, was jene sammelt und berechnet, so dürfte die beste Rechenschaft, die wir ablegen können, die sein, welche nicht nur in quantitativen, sondern auch in qualitativen Grössen sich ausdrückt, und somit wären wir jetzt angewiesen, noch einen kurzen Blick auf die verschiedenen Gebiete unserer Thätigkeit zu werfen, und zu sehen, was sich innerhalb derselben in 10 Jahren verändert, verbessert, vielleicht auch verschlimmert, und welche neuen Nebenzweige unsere Pflanzung getrieben hat.*»<sup>9</sup> Dieses Argumentationsmuster findet sich auch später immer wieder in den Ansprachen der Vorsteher, wenn die Zentralkasse über wachsende Ausgaben und drohende Defizite klagte, während gleichzeitig das Gesellschaftsvermögen weiter anwuchs.

Auch nach der Publikation der ersten Vermögensbilanz 1827 wurde in den Jahresberichten über die Anlagepolitik oder über finanzielle Probleme der GGG und über deren mögliche Lösung nicht offen debattiert, obwohl die Jahresrechnungen der Zentralkasse oder der zum GGG-Verband gehörenden Institutionen sehr detailliert über ihre finanzielle Situation berichteten, aber in einer für die Mehrheit der Leser zu technischen Form. Auch in den Mitgliederversammlungen wurde, soweit die Protokolle überhaupt Aufschluss über die Diskussionen geben, selten über die Finanzen im Allgemeinen gesprochen. Debatten entstanden nur, wenn konkrete Investitionsvorschläge des Vorstandes oder von Kommissionen in der Mitgliederversammlung kontrovers diskutiert wurden. Obwohl die Beschaffung, Verwaltung und Verdankung von Geldmitteln einen nicht unerheblichen Teil der Arbeitszeit der in Vorstand und Kommissionen tätigen GGG-Mitglieder in Anspruch nahmen, kommentierte man ausserhalb der zustän-

digen Gremien oder in den gedruckten Berichten die Finanzen der Gesellschaft und ihrer Kommissionen nur sehr zurückhaltend. Auch die Jubiläumsschriften der Gesellschaft und der Kommissionen, die bis zum Ersten Weltkrieg veröffentlicht wurden, zelebrieren in erster Linie das konstante Wachstum und den finanziellen Erfolg der GGG oder der Kommissionen, geben aber keinen Aufschluss über finanziell schwierige Momente oder Kriterien der Anlagepolitik.<sup>10</sup>

Klarer sind in den Reden der Vorsteher und den Berichten der Kommissionen die Bezüge zur zeitgenössischen Sozialpolitik und zur Finanz- und Steuerpolitik des konservativen Stadtbürgertums. Die GGG und ihre Kommissionen waren Teil eines grösseren Beziehungsnetzes des konservativen Stadtbürgertums, auf dem seine Sozialpolitik aufbaute. Die soziale und politische Relevanz dieser personellen und finanziellen Verflechtungen um die Jahrhundertwende verdeutlicht eine Erhebung, die von Regierungsrat Eugen Wullschleger, dem ersten Sozialdemokraten in der Kantonsregierung, angeregt wurde.<sup>11</sup> 1903 gab es in der Stadt Basel über hundert Vereine und Institutionen, die sich mit Armen- und Krankenpflege beschäftigten: 14 waren staatliche Einrichtungen, 6 gehörten zur Basler Bürgergemeinde, 16 zur reformierten Kirche, 18 zur GGG, und 48 wurden von Privaten betrieben. Das Stadtbürgertum, das die Bürgergemeinde Basel, die reformierte Kirche, die GGG und die überwiegende Mehrheit der privaten Vereine politisch, sozial und finanziell dominierte, kontrollierte so nicht nur mehr als vier Fünftel der Armen- und Krankenfürsorge, sondern auch vier Fünftel aller damals in der Armenpflege eingesetzten Geldmittel. Innerhalb der privaten, vom Stadtbürgertum kontrollierten Organisationen kam der GGG nicht nur wegen ihrer Grösse und Finanzmittel, sondern auch wegen ihrer vielfältigen personellen Verflechtungen mit staatlichen und kommunalen Behörden eine zentrale Stellung zu.

Eine Schlüsselposition in diesem Netzwerk nahm in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Seckelmeister der GGG ein. Vor 1818 war ein Seckelmeister nie länger als drei Jahre im Amt.<sup>12</sup> Nach 1818 hingegen verlängerte sich die Amtsduer des Seckelmeisters immer mehr. Zwischen 1818 und 1918 verwalteten nur vier Männer die Zentralkasse und das Vermögen der GGG, während es zwischen 1777 und 1817 26 Seckelmeister gab.<sup>13</sup> Aber nicht nur die Zahl der Amtsträger schränkte sich ein: Zwischen 1831 und 1918 verwalteten ausschliesslich Nachkommen von Isaak Iselin das Amt: zwei Enkel und ein Urenkel.<sup>14</sup> Erklärt sich die Verminderung der Amtsträger nach 1831 mit der wachsenden Professionalität, die vom Amtsinhaber verlangt wurde,<sup>15</sup> hängt die Einschränkung auf eine einzige Familie mit der zunehmenden sozialen Abschliessung des regierenden alten Bürgertums zusammen, die gerade in solchen exklusiven «Familientraditionen» zum Ausdruck kommt.<sup>16</sup> Politisch garantierte diese Entwicklung dem konservativen Stadtbürgertum die Kontrolle über die Verteilung der vom GGG-Verband verwalteten Gelder und Vermögenswerte.

Eine dominierende Rolle im GGG-Vorstand spielte besonders Oberst Rudolf Iselin, der 1877 das Amt des Seckelmeisters von seinem Onkel Wilhelm Iselin übernahm. Obwohl politisch sehr engagiert, konnte er sich mit der durch den Wahlsieg des Freisinns 1874 und der Verfassungsrevision von 1875 geschaffenen neuen politischen Situation nicht abfinden und zog sich 1878 aus der kantonalen Politik zurück, konzentrierte sich auf seine militärische Karriere und engagierte sich von da an ausschliesslich in der Bürgergemeinde und für die GGG, die beide weiterhin vom konservativen Stadtbürgertum dominiert wurden.<sup>17</sup> Als Seckelmeister der GGG war er bis zu seinem Tod 1918 tätig. In den über vierzig Jahren seiner Amtstätigkeit hatte er nicht nur auf die Vermögensverwaltung der GGG entscheidenden Einfluss, sondern war auch an allen strategischen Vorstandentscheidungen dieser Jahre massgeblich beteiligt.

Ihre hervorragende Rolle in der Sozialpolitik des konservativen Stadtbürgertums verdankte die GGG ihrer Organisations- und Finanzstruktur, die sich seit ihrer Gründung nach und nach entwickelte. Zwischen 1777 und 1850 wurde aus einer kleinen Gesellschaft, die nur wenige Unterkommissionen besass, ein weitverzweigter Verband selbständiger Vereine und Anstalten, die finanziell und ideell über die Zentralgesellschaft miteinander verbunden waren. Dank der finanziellen Verknüpfungen war es möglich, die finanziellen Risiken und Lasten zwischen Zentralverein und Kommissionen zu verteilen. Eine hohe Eigenfinanzierung einer Kommission entlastete die Zentralkasse und erlaubte es dem Vorstand der GGG, nicht selbsttragende Unternehmungen im Bereich der Armenpflege und Fürsorge oder im Bildungsbereich zu finanzieren, neuen, innovativen Projekten in den ersten Jahren die nötige Anstossfinanzierung zu gewähren oder private Vereine und Anstalten ausserhalb des GGG-Verbandes mit «Vergabungen» zu unterstützen. Der Verband konnte aber auch verschiedene Interessen der Spender mit seiner breiten Palette ganz unterschiedlich ausgerichteter gemeinnütziger Projekte besser bedienen als eine Gesellschaft allein und so die Attraktivität der einzelnen Einrichtungen und des Gesamtverbandes für die Öffentlichkeit erhöhen. Es war dem Vorstand der GGG und den Leitern der Kommissionen sehr wohl bewusst, dass die finanziellen Verhältnisse sich «*in genauer Verbindung mit der persönlichen Theilnahme, welche unsere Gesellschaft [...] gefunden*», entwickelten, wie Karl Rudolf Hagenbach-Geigy es 1837 in seiner Ansprache zum 60-jährigen Bestehen der GGG formulierte.<sup>18</sup> Das breite Angebot des GGG-Verbandes gewann besonders nach 1850 an Bedeutung, als das regierende konservative Stadtbürgertum seinen Macht- und Autoritätsanspruch gegenüber dem neuen Bürgertum, das die zugewanderte Einwohnerschaft Basels repräsentierte, politisch immer weniger durchsetzen konnte und deshalb immer mehr darauf angewiesen war, sein immer noch ungebrochenes soziales und kulturelles Prestige auszuspielen. Dies geschah nicht zuletzt auch durch die Propagierung des «Ehrenamtes» als besonderer Tugend eines echten «Basler Bürgers».

— 18 —

Kassa Rechnung der Gesellschaft des G.		Fr.	Br
1817.	E i n n a h m.		
Dec. 31.	An Reces v. vorigem Jahr		
	verblebt:		
	1 Obligation auf Rie- ben. Fr. 3400. -		
	3 ZinsCassaOblg. 1811.6.2		
	1 Anl. a. Secking. 436.3.6		
	Baar Saldo. 32.3.7. 5680 3 5		
1818.			
Jan. 20.	Beitrag v. Fr. Burckhardt, geb. Rohner.	8	—
Febr. 2.	pr. Zins a. 3 ZinsCas. Obl.	52	5
28.	Ein Gottespfennig. .	4	—
Merz 5.	Einz. v. 326 alt 35 neuen und 366 à 8 Fr 2928		
	5 Umgemäß		
	Mitgliedern		
6	Empfange v. 1 Unbekannt.	64	—
17	Außerord. Beitrag v. Hrn. Oberst G. A. Gustafsson.	100	—
April. 25.	Legat v. Hrn. Best. Scho- ler sel. Fr. 2412.8.3 ab voriges Jahr a. Rechn. empfangen. 200. 2212 8 3		
	NB. Dieses Legat kan jed. zu d. diesjährig. Einnah- me nicht gerechnet werden, da bereits voriges J. zu Gunsten l. Krank. Comis. darüber verfügt, u. dersel- ben, rücksichtlich der da- maliigen dringenden Um- stände Vorschußweise aus- bezahlt wurde.		
	Fr. 11049 6 8		

[36] Erste Seite der Einnahmen der gedruckten Jahresrechnung der GGG von 1818. Unter dem 20. Januar ist als Spenderin Frau Burckhardt-Rohner aufgeführt. Dies ist eine der ganz wenigen namentlichen Erwähnungen von Frauen; die meisten Frauen spendeten anonym.

Die Einnahmen der Zentralkasse bestimmten, in welchem Ausmass die GGG die zum Verband gehörenden Einrichtungen mitfinanzieren und neue Gründungen anregen konnte (vgl. Graphik 2, S. 206–207). Die Zusammensetzung der Einnahmen der Zentralkasse der GGG im 19. Jahrhundert unterschied sich nicht von der heutigen. Sie wurden, wie August von Miaskowski 1877 schreibt, «gebildet aus: 1. den Jahresbeiträgen der Mitglieder, 2. aus Geschenken von Mitgliedern oder dritten Personen, namentlich bei Gelegenheit des Antritts von Erbschaften (Geschenke aus Trauerhäusern) und aus Vermächtnissen, 3. aus den Zinsen von Stiftungskapitalien, deren Verwaltung der Gemeinnützigen Gesellschaft übergeben worden ist und 4. aus den Zinsen des Vermögens der Gesellschaft».<sup>19</sup> Die Graphik der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen für den Zeitraum von 1800 bis 1916 zeigt das für gemeinnützige Vereine typische Bild. Auch wenn die Kurven der Einnahmen und Ausgaben über die Jahre sehr bewegt sind, gleichen sich Ausschläge in die eine oder andere Richtung doch immer wieder aus. Ungewöhnlich hohe Ausgaben werden durch höhere Einnahmen in den folgenden Jahren ausgeglichen. Die Ausschläge werden nach 1830 grösser, stärker noch nach 1860, aber grundsätzlich veränderte sich das im Ganzen ausgeglichene Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen nicht. Nach 1870 erhöhte sich jedoch das Finanzvolumen der Gesellschaft deutlich und wuchs rasch an bis zur Jahrhundertwende parallel zum beschleunigten demographischen und wirtschaftlichen Wachstum der Stadt. Die auffälligen Spitzen der Einnahmekurve markieren hohe Legate, die gehäuft auf Jahre mit Defiziten folgen. Diese positiven Ausschläge dokumentieren aber nicht nur die Anteilnahme der Mitglieder und Gönner am Ergehen der GGG und ihrer Kommissionen. Private Stifter kontrollierten mit Schenkungen und Legaten auch in sehr effizienter Weise die Finanzen und damit auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft.

Ein Gesamtbild der finanziellen Entwicklung des Verbandes als Ganzes zu gewinnen, ist schwierig. Die Jahresrechnungen der Zentralkasse geben nur Auskunft, in welchem Ausmass bestimmte, zum Verband gehörige Vereine und Anstalten von der Unterstützung der Zentralkasse abhängig waren. August von Miaskowski schreibt dazu 1877: «In finanzieller Beziehung muss zwischen der Centralkasse der Gemeinnützigen Gesellschaft und den Kassen der einzelnen Kommissionen unterschieden werden. Die die Centralkasse bildenden Einnahmen, sowie das Vermögen der Gesellschaft dienen dazu, die Kosten der Centralverwaltung, die übrigens sehr gering sind (im Jahre 1876 betrugten sie nur 2841 Fr. 65 Cts., während die Ausgaben der Centralkasse 57,974 Fr. 19 Cts. ausmachten), sowie die Ausgaben der einzelnen Kommissionen, resp. der ihr untergeordneten Anstalten, sowie einiger zugewandter Institute [d. h. nicht von der GGG gegründete oder zu ihr gehörige Vereine und Einrichtungen] zu decken. Jedoch werden die Ausgaben nur einiger Kommissionen vollständig aus den Beiträgen der Centralkasse bestritten, indem die meisten derselben unabhängig von diesen Beiträgen ihre eigenen fundirten [d. h. auf Stiftungen oder Vermögenszinsen beruhenden] und nicht fundirten Einnahmen [d. h. Spenden und Legate] besitzen. Hinsichtlich der zu gewandten Anstalten ist die Beihilfe der Gesellschaft eine noch geringere.»<sup>20</sup>

Das buchhalterische Interesse an der finanziellen Entwicklung des Verbandes entstand parallel zum Bewusstsein der politischen Bedeutung. In den auf den Bürgerkrieg 1831 / 32 und die Kantonstrennung 1833 folgenden zwei Jahrzehnten entwickelte die GGG ein klares Bewusstsein ihres finanziellen Potentials als Verband und des von ihr propagierten Modells einer nicht staatlichen, sondern privaten, aber zentral nach rationalen Kriterien geleiteten Organisation, die die städtischen Armenpflege- und Fürsorgeeinrichtungen unterstützte und die staatlichen Schulen mit zusätzlichen Bildungsangeboten ergänzte. In einer programmatischen Ansprache von Adolf Christ-Sarasin, damals Schreiber der GGG, anlässlich des sechzigsten Jubiläums 1837 kommt dies klar zum Ausdruck. Noch deutlicher formulierte er diesen Anspruch in seiner Rede als abtretender Vorsteher 1838, als er vorschlug, aus der Schlusssitzung der GGG im Dezember ein Diskussionsforum für alle Basler Bürgervereine zu machen und alle interessierten Bürger zu dieser Konferenz einzuladen.<sup>21</sup> Im selben Zeitraum veröffentlichte die GGG 1834 erstmals eine Zehnjahresübersicht, die die Vergabungen an ihre Kommissionen und an andere Vereine jahrweise über ein Jahrzehnt hinweg zusammenstellte. Dies ermöglicht es zu verfolgen, wo die Schwerpunkte der Subventionspolitik der GGG in diesem Zeitraum lagen. 1845 veröffentlichte sie eine zweite solche Übersicht. Dann wurden diese Tabellen von jährlichen statistischen Zusammenstellungen abgelöst, die sich mit den Finanzverhältnissen des Verbandes als Ganzem beschäftigten, als 1845 Wilhelm Iselin für mehr als dreissig Jahre das Amt des Seckelmeisters übernahm.

Unter der Ägide von Wilhelm Iselin und nach dessen Rücktritt 1876 für ein weiteres Dezennium auch unter derjenigen seines Neffen Rudolf Iselin veröffentlichte der Vorstand der GGG zwischen 1844 und 1887 im Jahresbericht eine «Allgemeine Rechnungsübersicht», die nicht nur Auskunft gab über Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse wie die Zehnjahresübersichten von 1834 und 1845, sondern erstmals auch über die Herkunft der Einnahmen der «Institute der Gesellschaft». Zwischen 1845 und 1879 begleiteten zusätzlich «Bemerkungen zur allgemeinen Rechnungsübersicht» die allgemeine Rechnungsübersicht. Sie beschrieben das Finanzvolumen des Gesamtverbandes und die Höhe der Eigenfinanzierung der zur GGG gehörenden Organisationen.

Die finanzielle Unabhängigkeit vieler GGG-Kommissionen, die Miskowski in der Jubiläumsschrift 1877 hervorhebt, lässt sich in den «Allgemeinen Rechnungsübersichten» gut studieren. Zur Veranschaulichung habe ich als Beispiel das Jahr 1875 herausgegriffen (vgl. Tabelle 6, 208).<sup>22</sup> Die Übersicht von 1875 umfasst 21 «Institute der Gesellschaft» und acht «befreundete Anstalten» und einen «Extra-Beitrag an das allgemeine Jugendfest». Zusätzlich wurden auch die Verwaltungskosten des Zentralvereins ausgewiesen, die zum grössten Teil aus den Druckkosten für den Jahresbericht bestanden, aber auch die Kosten für die Erhebung der Mitgliederbeiträge, «Einzug» genannt, und die Miete für Sitzungszimmer in der Lesegesellschaft

umfassten. Ohne die Verwaltungskosten betrugen die Vergabungen der Zentralkasse für das Jahr 1875 Fr. 26 742.–, wovon Fr. 7250.– oder mehr als ein Drittel an neun nicht zur GGG gehörige Organisationen gingen. Die kleinste Vergabung betrug Fr. 100.–, die grösste Fr. 3 500.–. Beide gingen an nicht zur GGG gehörende Einrichtungen. Durchschnittlich erhielt jede der berücksichtigten Organisation Fr. 1000.–.

Von den 21 zur GGG gehörigen Kommissionen waren sechs oder fast ein Drittel in der Lage, die Betriebskosten alleine zu bestreiten, da sie sich aus Schenkungen, Zinsen oder Gebühren, die sie für ihre Dienstleistungen erhoben, selbst ausreichend finanzieren konnten. Bei anderen Kommissionen übernahm die Zentralkasse nur eine Defizitgarantie, wie zum Beispiel bei der Kommission für das Turnwesen, der Kommission zum Neujahrsblatt oder der Kommission zur Unterstützung von Gewerbslehrlingen, erkennbar entweder an den «ungeraden» Beträgen von Fr. 985.– und Fr. 557.– oder dem kleinen oder negativen «alten Saldo». Das Beispiel der Zeichnungs- und Modellierschule zeigt, dass der im Vergleich zu anderen Organisationen hohe Beitrag aus der Zentralkasse von Fr. 2 500.– trotz seiner Höhe weniger als ein Zehntel des Gesamtaufwandes dieser Schule ausmachte, der zu einem Drittel aus Geschenken, die die Schule selbst einwarb, und zu zwei Dritteln aus Vergütungen für den Unterricht und Zinsen aus eigenen Vermögenswerten bestritten wurde. Die Finanzierung der Kleinkinderschulen, die sich der Aufsicht der GGG unterstellt hatten, hing hingegen zu fast der Hälfte vom Beitrag der GGG von Fr. 2 000.– ab. Aber nur die Repetierschulen, die Speisehütten und die Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels wurden fast ganz oder ausschliesslich aus der Zentralkasse der GGG finanziert.

Ein anderes Finanzierungsmodell illustriert der Beitrag von Fr. 1200.– zur Versorgung junger Taubstummer. Es handelte sich dabei 1875 um einen festen Beitrag an die Betriebskosten der Taubstummenanstalt in Riehen, die nicht von der GGG gegründet worden und auch sonst ganz selbstständig war. Die GGG verzichtete 1824 auf die Gründung einer eigenen Taubstummenanstalt, finanzierte aber von da an die Ausbildung solcher Kinder in geeigneten Schulen in anderen Kantonen, also bereits vor der Gründung der von Basler Erweckten gegründeten Taubstummenanstalt in Beuggen 1833 und deren Übersiedlung 1838 nach Riehen.<sup>23</sup> Von da an unterstützte die GGG die Ausbildung taubstummer Kinder in dieser Anstalt. Diesem Finanzierungsmodell ähneln die Beteiligungen an Aktiengesellschaften, die besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wichtig wurden, zum Beispiel bei der Schaffung der 1842 gegründeten Vorschusskasse der GGG, beim Bau der Arbeiterwohnungen auf der Breite 1858, bei der Errichtung der Öffentlichen Bad- und Waschanstalt 1865 oder der Beteiligung an der Speiseanstalt im Klingental (später an der Ochsengasse) im Jahre 1868.

Ausgerechnet die finanziell erfolgreichste Gründung der GGG, die Zinstragende Ersparniskasse (ZEK), erscheint jedoch nie in den «Allgemeinen Rechnungsübersichten». Diese erfassten nämlich nicht alle Organisa-

tionen, die zum GGG-Verband gehörten, sondern nur diejenigen, die mehr oder weniger regelmässig Gelder aus der Zentralkasse bezogen. Wie sich das stetige Wachstum der ZEK auf die Einnahmebilanz des GGG-Verbandes als Ganzes auswirkte, lässt sich nur in den «Bemerkungen zur allgemeinen Rechnungsübersicht» verfolgen, die zwischen 1845 und 1879 die «Allgemeinen Rechnungsübersicht» ergänzten. Dabei handelt es sich um eine weitere statistische Zusammenstellung, die die Einnahmen der Zentralkasse, bestehend aus Mitgliederbeiträgen, Geschenken sowie Zinsen und Vermögenserträgnissen, die Gesamteinnahmen aller zur GGG gehörenden «Anstalten», gesondert nach Ertragseinnahmen und Geschenken, getrennt aufführte und die Einnahmen der Zentralkasse und der Kommissionen den Gesamtausgaben des Verbands gegenüberstellt und bilanziert. Die «Bemerkungen» geben so ein Gesamtbild der finanziellen Situation des GGG-Verbandes in den Jahren 1845 bis 1875 (vgl. Tabelle 8, S. 210).

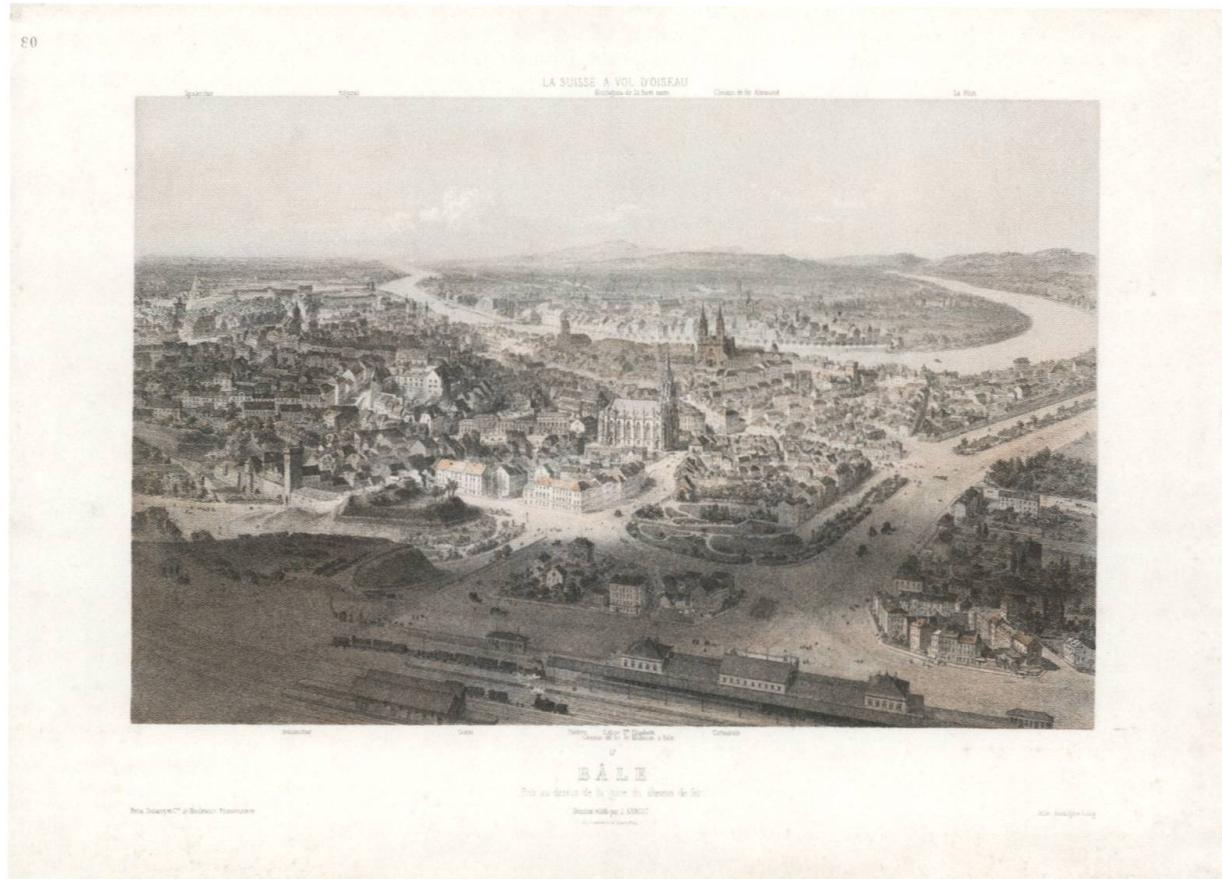
Vor 1855 bewegte sich der Anteil der Anstalten der GGG an den Gesamteinnahmen des Verbandes um 50 Prozent, wenn nicht besonders hohe Geschenke an die Zentralkasse wie 1850–1853 diesen Anteil zum Sinken brachten oder umgekehrt hohe Spendenerträge der Anstalten – wie zum Beispiel 1847 – diesen deutlich erhöhten. Ausserordentliche Einnahmen der Zentralkasse stören das Bild auch in späteren Jahren immer wieder, besonders deutlich in den Jahren 1862 und 1863. Nach 1865 schwächte sich dieser Effekt hoher Spendenerträge auf die Zentralkasse jedoch ab, weil die Anstalten der GGG finanziell stärker geworden waren. Bis 1855 waren die regelmässigen Erträge der Zentralkasse aus Mitgliederbeiträgen und die Ertragseinnahmen der Anstalten ungefähr gleich hoch. Nach 1856 begannen die Ertragseinnahmen der Anstalten anzusteigen, und zwar zwischen 1855 und 1879 um 20 Prozent von durchschnittlich rund 50 Prozent auf rund 70 Prozent. Ein Blick in die Jahresberichte der ZEK in diesen Jahren macht deutlich, dass dieses Wachstum der Einnahmen der Anstalten seit 1855 nur dem Wachstum der ZEK nach 1858 geschuldet war.

Ein Vergleich der Rubriken «Geschenke an die Zentralkasse» und «Geschenke an die Anstalten» zeigt aber auch, dass die Kommissionen der GGG zwischen 1845 und 1879 im Allgemeinen über regelmässigere Einnahmen aus Geschenken verfügten als die Zentralkasse selbst. Besonders in den Jahren nach 1860 war das der Fall. Während die Einnahmen der Zentralkasse aus Geschenken zum Teil starke Schwankungen aufwiesen, stiegen die Einnahmen der Anstalten aus Geschenken relativ regelmässig an. Dabei wird deutlich, dass die Zentralkasse aus den Mitgliederbeiträgen und den Erträgnissen des Gesellschaftsvermögens und der Stiftungen allein ihre Ausgaben nicht hätte bestreiten können. Geschenke und Legate spielten nicht erst nach 1850 eine grosse Rolle (vgl. Graphik 2, S. 206–207). In den Berichten der Vorsteher wird denn auch während des ganzen 19. Jahrhunderts immer wieder auf die Bedeutung der Legate und Schenkungen hingewiesen, deren Höhe, wie wir gesehen haben, nach 1860 gerade für die Zentralkasse immer unberechenbarer wurde.

Zu einem Problem wurde die Abhängigkeit von Schenkungen und Legaten um 1880. Zwischen 1870 und 1880, also im Zeitraum, als die Konservativen die Regierungsmacht an den Freisinn verloren, erreichte der Verband der zur GGG gehörenden Vereine und Einrichtungen einen Finanzbedarf, der sich aus den regelmässigen Einnahmen der Zentralkasse allein nicht mehr decken liess. Wollte die vom konservativen Stadtbürgertum geführte GGG ihre Führungsrolle in der Basler Sozialpolitik nicht verlieren, nicht ihr Vermögen angreifen und damit nicht zugleich auch ihre regelmässigen Einnahmen vermindern, blieb – aus der Sicht der Zentralkasse – nur eine Möglichkeit: Einen Teil des jährlichen Reingewinns der ZEK, der einzigen «gewinnbringenden» GGG-Institution, zur Entlastung der Zentralkasse zu nutzen (vgl. Tabelle 6, S. 200–205). Im Januar 1880 beantragte deshalb die Verwaltungskommission der ZEK zusammen mit dem Vorstand der GGG erstmals in einer Mitgliederversammlung Fr. 5000.–, rund ein Zehntel des Reingewinns von 1879, «als einmalige Gabe» der ZEK der Freiwilligen Armenpflege zukommen zu lassen. Der Vorschlag setzte sich durch, aber erst nach einer lebhaften Diskussion, ob der Reingewinn nicht den Einlegern der ZEK gehöre und ob es überhaupt zulässig sei, dass die Mitgliederversammlung der GGG über die Verwendung des aus Spargeldern von Arbeitern, Dienstboten und kleinen Handwerkern erwirtschafteten Gewinns der ZEK verfügen dürfe. Andere hatten mit der «gemeinnützigen» Verwendung des Reingewinns keine Mühe, wollten damit jedoch nicht die laufenden Kosten GGG-fremder Einrichtungen, sondern neue eigene Projekte finanzieren.<sup>24</sup> «*Die Herren Burckhardt-Iselin & Sarasin-Stehlin bekämpften den Anzug aus prinzipiellen Gründen. – Derselbe ist gegen die Statuten, sobald der Nettogewinn nicht ganz dem Reservefonds zufällt, soll derselbe auf irgend eine Weise den Einlegern zu Gute kommen. – Vor allem soll man keine Almosen geben, sondern etwas Bleibendes ins Auge fassen. Jedenfalls ist der Anzug vor Aenderung der Statuten der Ersparnisscasse unzulässig, auch ruff man damit andern Begehrlichkeiten, wie es das Votum des Herrn Dr. Ronus zeigt, welcher die [Freiwillige] Krankenpflege empfiehlt. Herr Major Iselin, Preiswerk-Groben, Hoffmann-Burckhardt & W[ilhelm] Heusler vertheidigen den Antrag; es ist dieses Jahr ein Ausnahmefall, auch steht eine baldige Statutenaenderung in Aussicht [die solche Vergabungen der ZEK erlauben würde].*»<sup>25</sup>

Auch wenn die Mitgliederversammlung den Antrag, die Freiwillige Armenpflege zu unterstützen, schliesslich mehrheitlich annahm, verhallten die Gegenargumente der Kritiker der Vorlage nicht ungehört und veranlassten den GGG-Vorstand zu einem bedächtigen Vorgehen. Die ZEK schuf einen neuen Spezialfonds, der zur Finanzierung von GGG-Projekten dienen und aus einem Teil des Reingewinns der Bank geäufnet werden sollte. Erst 1887 wurde dieser Fonds dann tatsächlich benutzt, um zwei grössere Projekte der GGG zu finanzieren, die die Sozialpolitik des konservativen Bürgertums unterstützen konnten.<sup>26</sup>

Der finanzielle Druck auf die Zentralkasse erhöhte sich Ende der achtziger Jahre erneut. 1889 stellte der Vorsteher besorgt fest: «*es ergiebt sich somit ein Ueberschuss der Ausgaben von Fr. 9635.41 [...]. Diese wenigen*



[37] Vogelschauplan Basels von Süden mit Fernsicht bis zu den Vogesen, entstanden um 1865, gezeichnet von Jean Baptiste Arnout. Im Vordergrund der alte Centralbahnhof und die Elisabethenanolage, dahinter die neu erbaute Elisabethenkirche, weiter hinten das Münster und das Kleinbasel. Rechts im Bild ist deutlich die neu angelegte Promenade Richtung Aeschenplatz erkennbar sowie im Hintergrund die rauchenden Kamine im Kleinbasel. Deutlich sichtbar ist auch, wie ausserhalb der ehemaligen Stadtmauern neue Quartiere entstehen. Das wirtschaftliche Leben der Stadt hat sich aus dem Zentrum nach aussen verschoben.

*Zahlen beweisen, dass wir mehr als je auf die thatkräftige Mithilfe aller gemeinnützig Gesinnten angewiesen sind. Sie haben aus dem Jahresberichte entnommen, dass unsere alten Anstalten sich ausdehnen und mit dringenden, unabsehbaren Mehrforderungen an uns gelangen; der Ankauf des Schmiedenhofes und seine Einrichtung, so notwendig und zweckmäßig es war, hat unsere Mittel stark in Anspruch genommen und wir sind weitgehende Verpflichtungen eingegangen, wie z.B. die Leistung von Beiträgen an das Bläsi-Stift, an das Gewerbemuseum, an die Turnhalle im Klein-Basel, und neue Bedürfnisse werden sich fortwährend geltend machen. Es ist ein Irrthum, zu glauben, dass das Arbeitsfeld der Gemeinnützigkeit kleiner werde, weil der Staat eine Reihe von Aufgaben, die früher der freiwilligen Thätigkeit überlassen waren, nunmehr selbst in die Hand nimmt;<sup>27</sup> im Gegentheil, dieselben Erscheinungen in der Entwicklung unserer öffentlichen und gesellschaftlichen Zustände, die den Staat veranlassen, Gebiete zu bearbeiten, die ihm bisher fremd waren, stellen uns fortwährend vor neue Aufgaben, die nur mit freiwilliger gemeinnütziger Thätigkeit gelöst werden können.»<sup>28</sup>*

Die Leitung der GGG fürchtete zu diesem Zeitpunkt aber auch die Rückwirkungen der von den Freisinnigen geforderten Erhöhung der Steuerprogression auf die Spendenerträge, wie wir der Rede des Vorstehers von 1890 entnehmen können: «*Es lässt sich allerdings darüber streiten, ob eine Gesellschaft wie die unsige Capital ansammeln soll oder ob sie sich blos auf den Gemeinsinn der Einwohnerschaft verlassen und wenn letzterer erlaubt, auch ihre Thätigkeit entsprechend einschränken soll. Das kann aber nicht unser Wille sein! Wir leben in einer Periode, wo der Staat seine Steuerhoheit auszudehnen bestrebt ist und daran müssen sich die Steuerzahler noch gewöhnen und reduciren inzwischen ihre Beiträge an freiwillige Unternehmungen und mit diesem Factor müssen wir rechnen. Wir werden in Schöpfung neuer Unternehmungen vorsichtig sein müssen, aber was wir bis heute unternommen haben, müssen wir im Stande sein, fortzuführen und da handelt es sich hauptsächlich darum, den Sinn für gemeinnützige Leistungen in unserer Bevölkerung neu anzufachen [...]. Es fehlen in unserm Mitgliederverzeichniss noch eine Menge Namen, welche neben den vorhandenen stehen sollten und zudem ist für Manche die Gemeinnützige Gesellschaft ein bequemes Rubekissen, indem sie sich einreden, dass sie mit Bezahlung des jährlichen Mitgliederbeitrages allen ihren Pflichten gegen die notleidenden Mitmenschen gerecht geworden seien, während doch Mancher, ohne sich den geringsten Abbruch zu thun, in dieser Beziehung mehr leisten könnte.»<sup>29</sup>* Die vom Vorsteher geäußerten Befürchtungen reflektieren eines der Hauptargumente der Konservativen gegen die freisinnige Steuerpolitik, nämlich dass die Legate und Schenkungen an gemeinnützige Institutionen «freiwillige Steuern» seien, die verschwänden, sobald staatliche «Zwangssteuern» eingeführt würden.

Auf diesem Hintergrund beantragten im März 1891 die Verwaltungskommission der ZEK und der GGG-Vorstand bei der Mitgliederversammlung eine weitere Statutenänderung. Der Reingewinn der ZEK sollte nicht mehr dem 1880 geschaffenen Spezialfonds zufließen, sondern zwischen der Sparkasse und der Zentralkasse der GGG geteilt und die der Zentral-

kasse zugewiesene Hälfte der GGG zur freien Verfügung überlassen werden. Die Mitgliederversammlung stimmte diesmal ohne weitere Diskussionen der Vorlage einstimmig zu.<sup>30</sup> Die Frage, wie mit diesen neuen Mitteln umzugehen sei, wurde im Vorstand und in den Kommissionen aber weiterhin kontrovers diskutiert, wie die folgende Passage aus dem Jahresbericht des Vorstehers für das Jahr 1890 belegt: «*Nachdem wir schon voriges Jahr einen Ausgabenüberschuss von mehr als Fr. 9000.– gehabt haben, so drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, ob bei den stets wachsenden Anforderungen an unsere Gesellschaft dieselbe in einer Anzahl Jahre überhaupt noch existenzfähig sein wird. – Allerdings wird in den nächsten Jahren, zumindest wenn im Uebrigen die Verhältnisse die gleichen bleiben, ein Deficit in diesem Umfange nicht zu befürchten sein, davor schützt uns die vortreffliche Leitung der zinstragenden Ersparnisskasse, von welcher wir in Folge der schon erwähnten Statutenänderung in Zukunft die Hälfte ihres Gewinnüberschusses erhalten werden. Aber soll und darf die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen für einen nambafthen Theil ihrer Verpflichtungen sich an den Ertrag aus dieser Unternehmung halten oder sollte sie nicht vielmehr bemüht sein, die aus dieser Quelle fliessenden Mittel zu capitalisiren und daraus so wenig wie möglich auf die laufenden Ausgaben verwenden? Ich glaube unbedingt, das Letztere sei das einzig Richtige, und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal können wir nach der in Kraft getretenen Statutenänderung der Ersparnisskasse nicht mehr auf einen Specialfonds als Rückhalt rechnen, da ein solcher nicht mehr existirt und doch hat er uns während seines Bestehens bei mehreren Gelegenheiten willkommene Hilfe gebracht. Aber solche grössere einmalige Anforderungen können wieder an uns herantreten und da ist es unsere Pflicht für derartige Fälle, die wir heute noch nicht voraussehen, gerüstet zu sein, was mit unserm jetzigen Capitalbestand einfach nicht der Fall ist. – Dann aber spricht auch für eine Vermehrung unseres Gesellschaftsvermögens der Umstand, dass die Mitgliederbeiträge wenig mehr als den dritten Theil unserer Einnahmen bilden und dass ein nicht unwesentlicher Theil aus Capitalzinsen besteht und wenn dieser Posten in der Rechnung vermehrt werden kann, so ist immerhin der sicherste Theil der Einnahmen vermehrt.»<sup>31</sup>*

Tatsächlich optimierte der GGG-Vorstand parallel zur Stabilisierung der regelmässigen Einnahmen der Zentralkasse durch den Rückgriff auf einen Teil des Reingewinns der ZEK auch die Anlage- und Vermögenspolitik der Gesellschaft. Bis 1887 investierte die Gesellschaft einen möglichst grossen Teil ihres Vermögens in festverzinsliche Anlagen und nahm dabei in den Jahren 1867, 1878 und 1879 bis 1886 sogar ein Defizit in der Gesellschaftskasse in Kauf. 1888 hingegen waren nur noch rund zwei Drittel der Vermögenswerte der GGG Teil des Anlagevermögens. Mit dem Ankauf des Schmiedenhofs 1884 und dem Beginn der Umbauarbeiten 1889, die teilweise aus dem 1880 geschaffenen Spezialfond der ZEK finanziert wurden, begann die Gesellschaft ihre Anlagen zu diversifizieren. Ein relevanter Teil des Vermögens wurde von nun an in Liegenschaften investiert. Die GGG begann zu bauen oder sich an gemeinnützigen Projekten zu beteiligen, die durch Liegenschaften und Gebäude abgesichert waren, auch hier dem Vorbild der

ZEK folgend, die bereits Anfang des Jahres 1881 eine Liegenschaft am Luftgässlein 9 gegen den St. Alban-Graben erworben hatte, um dort ein eigenes Geschäftsgebäude zu errichten.<sup>32</sup>

Die Hintergründe für diese Umorientierung der Anlagepolitik der GGG lassen sich nur indirekt erschliessen, da der Vorstand und der Seckelmeister ihre Finanz- und Vermögenspolitik wohl mündlich diskutierten, aber nicht öffentlich machten. In den Jahresberichten der ZEK, die im Gegensatz zum GGG-Vorstand seit den 1820er Jahren sehr offen und sehr präzis über ihre finanziellen Verhältnisse informierte, auch aus juristischen Gründen, finden sich Hinweise auf die möglichen Motive. Während die Erträge aus Hypotheken nach 1880 sanken oder hypothekarische Anlagen wegen der Bauspekulation mit höheren Risiken verbunden waren, sanken die Liegenschaftspreise, auch in den begehrten und deshalb wertbeständigen Zentrumslagen der Stadt. Investoren mit liquiden Mitteln wie der GGG war es deshalb möglich, solche Liegenschaften im Stadtzentrum zu günstigen Preisen zu erwerben und gegebenenfalls mit Gewinn wieder zu verkaufen.<sup>33</sup> Der Besitz von eigenen Immobilien verringerte auch die Ausgaben der Zentralkasse. Beiträge an Mieten von Lokalen machten einen nicht unerheblichen Teil der regelmässigen Ausgaben der GGG und der zugehörigen Vereine und Einrichtungen aus. Mit der Eröffnung des Schmiedehofs konnte die GGG den Raumbedarf verschiedener Kommissionen befriedigen und den Mietzins in die eigene Kasse abführen. Dies glich zugleich auch den Rückgang der Zinseinnahmen aus Vermögensanlagen aus. Die Finanzverwaltung passte sich diesen neuen Gegebenheiten an. Eine eigene Kommission wurde gebildet, in der der Seckelmeister *ex officio* Einstitz nahm, die für die Verwaltung des Schmiedehofs verantwortlich war. Nach dessen erfolgreichem Umbau meinte der Vorsteher im Rückblick auf das Jahr 1892: «*Wenn wir die einzelnen Berichte durchgehen, so finden wir, dass gar manchen – ich erinnere nur an die Repetirschulen, die Speisehütten, Kleinkinderschulen, Kochschulen, vom frommen Wunsche nach Lesesäälen gar nicht zu reden – dass gar manchen die Klage über ungenügende oder ungeeignete Locale gemeinsam ist. Ich glaube, das sollte uns den Gedanken nahe legen, diesen Uebelständen durch Erwerbung von eigenen Liegenschaften an für unsere Zwecke geeigneter Lage abzuhelfen. Wir haben im Centrum der Stadt einen Anfang gemacht mit unserem Gesellschaftsgebäude, in welchem wir den verschiedensten gemeinnützigen Zwecken mustergiltige Locale zur Verfügung stellen. Bleiben wir dabei nicht stehen. Was im Centrum der Stadt gelang und als Wohlthat empfunden wird, das muss auch an der Peripherie der Stadt gemacht werden. Wenn wir uns z.B. dazu entschliessen könnten, grössere Legate ganz oder theilweise oder wenigstens einen Theil des uns zur Hälfte zufließenden jährlichen Reingewinne der Ersparnisscasse als disponiblen Fonds für Liegenschaftserwerb auf die Seite zu legen, so sollte in nicht zu ferner Zeit ein Anfang in der angegebenen Richtung gemacht werden können.*»<sup>34</sup>

Um eine dauernde Konsolidierung der Ausgaben zu erreichen, entschloss sich der GGG-Vorstand 1894 aber auch zu einem Damenopfer und übergab die rasch wachsende und damit immer teurere Frauenarbeits-

schule dem Staat, um sich ganz auf den Ausbau der Musikschule und des Konservatoriums und der GGG-Bibliotheken konzentrieren zu können. Eine Konzentration war notwendig, da die geplante und 1889 ins Leben gerufene Freie Evangelische Volksschule, ein politisches Prestigeprojekt des religiös-konservativen Stadtbürgertums gegen die säkulare freisinnige Schulpolitik, im Bereich der Privatschulen eine ganz neue Situation schuf. Die GGG musste damit rechnen, Spendengelder und Legate für den Bildungsbereich aus diesen Kreisen zu verlieren.

Der Erfolg dieser nach 1890 eingeleiteten Massnahmen blieb nicht aus, auch wenn es dem Vorstand nicht gelang, das stetige Anwachsen der Ausgaben der Gesellschaft zu bremsen. Paul Speiser-Sarasin zeichnete in seiner Ansprache zum 125-jährigen Bestehen der GGG 1902 ein durchaus positives Bild der Tätigkeit des GGG-Verbandes, auch wenn die Kritik an einer rein auf Rentabilität und Effizienz ausgerichteten Organisation nicht fehlte: «*Der allgemeine Eindruck, den wir beim Überblick über die Tätigkeit unserer Gesellschaft erhalten, ist wohl der, dass, wie die einzelnen Zweige derselben verschieden sind, so auch die Art und Weise, wie diese Tätigkeit ausgeübt wird, eine sehr verschiedene ist. Die einen unserer Anstalten sind unsere eigenen Schöpfungen und einzelne davon erhalten sich selbst, andere verlangen zum Teil recht bedeutende Beiträge, um ihre Aufgabe erfüllen zu können, und werden oft ausserdem noch von anderer Seite unterstützt; bei manchen Anstalten dagegen, die unabhängig von uns gegründet wurden, sind wir nur durch eine Delegation und durch Leistung eines meist bescheidenen Beitrages beteiligt. Es ist schon die Frage aufgeworfen worden, ob in diesem Verfahren nicht die Gefahr der Zersplitterung unserer Mittel liege, der finanziellen wie der geistigen, und ob es nicht besser wäre, sich auf wenige grössere Werke zu konzentrieren. Ich glaube aber nicht, dass eine solche Befürchtung begründet ist. Einmal hat die Gesellschaft noch in der letzten Zeit grössere Aufgaben an die Hand genommen, wie den Neubau der Musikschule, die Allgemeinen Bibliotheken, und dadurch gezeigt, dass die Beteiligung an kleineren Werken sie dazu nicht unfähig gemacht hat, und dann finden sich unter den neueren Zweigen doch sehr gemeinnützige Bestrebungen, bei denen unsere finanzielle Beihilfe weit zurücksteht hinter den persönlichen Leistungen der Mitarbeiter, sodass es der Gesellschaft eine Freude ist, wenn sie denselben durch ihre Beiträge die Lösung ihrer Aufgabe erleichtern kann.*»<sup>35</sup>

Wie Speiser weiter ausführt, blieb die finanzielle Lage der GGG auch 1902 beunruhigend. Die Ausgaben der GGG waren nach 1890 weiter angestiegen. Mehrere grosse Legate glichen die Bilanz zwar etwas aus – in der Graphik 9 und 12 als starke Ausschläge sichtbar –, aber der Mitgliederbestand der Gesellschaft und damit die Entwicklung der Mitgliederbeiträge und die regelmässigen Erträge aus dem Gesellschaftsvermögen, auch wenn sich dieses dank der Legate stark vermehrte, hielten mit der Entwicklung der Ausgaben nicht Schritt (vgl. Graphik 2, S. 206–207). Auch der Reingewinn der ZEK – und damit die Beiträge in die Zentralkasse – verringerte sich Ende der 1890er Jahre wesentlich. Speiser analysierte die Situation 1902: «*Übungsgemäss geben wir hier noch die Hauptziffern der Rechnung für das Jahr 1902. Dieselbe zeigt ein sehr günstiges Resultat, nämlich einen Überschuss der*

*Einnahmen über die Ausgaben von Fr. 91,955.41, der aber einzig dem Legat von Frau Wwe A. Merian-Iselin sel. von Fr. 100,000.– zu verdanken ist, ohne welches sich ein Ausgabenüberschuss von rund Fr. 8000.– ergeben hätte [...]. Das Vermögen beträgt Ende 1902 Fr. 475,540.09. Hiezu kommt noch die besonders gehaltene Stiftung von Herrn Oberst R. Merian-Iselin sel. von Fr. 100,000.–. Von dem Vermögen von rund Fr. 475,000.– sind nur zirka Fr. 300,000.– zinstragend angelegt, und werfen jährlich Fr. 12,000.– ab; rechnen wir dazu den Zins der obengenannten Stiftung mit rund Fr. 4000.–, die Mitgliederbeiträge mit Fr. 20,000.–, den Anteil der Gesellschaft am Gewinn der Ersparniskasse mit Fr. 14,600.– (die höheren Ziffern der letzten Jahre werden kaum wieder erreicht werden), so kommen wir auf ein Total von mehr oder weniger festen Einnahmen von Fr. 50,000.–. Unsere Beiträge an die verschiedenen Anstalten werden dagegen im nächsten Jahre zirka Fr. 70,000.–, und die gesamten Ausgaben Fr. 75,000.– betragen, und ein Sinken unter diese Summe ist nicht vorauszusehen, so dass, wenn ein Defizit vermieden werden soll, an Geschenken und Legaten im Jahr durchschnittlich Fr. 25,000.– eingehen oder die Mitgliederzahl sich ganz bedeutend heben sollte. Es ist daher die Bitte um möglichst zahlreichen Beitritt zu unserer Gesellschaft eine ebenso begründete als dringende, wie auch die Hoffnung gewiss berechtigt ist, dass der althergebrachte gemeinnützige Sinn unserer Bevölkerung dem Bedürfnisse unserer Gesellschaft bei freudigen und traurigen Anlässen stetsfort gedenken wird.»<sup>36</sup>*

Schenkungen und Legate blieben nicht aus, wohl aber der Mitgliederzuwachs, trotz dringenden Einladungen von Seiten der GGG-Leitung seit den 1880er Jahren. Eine substantielle Erhöhung der Mitgliederzahl wurde erst durch die Statutenrevision von 1916 erreicht, indem Frauen das Recht auf eine selbständige Mitgliedschaft erhielten und fortan auch Mitgliederbeiträge zahlen durften. Um die finanzielle Situation der Gesellschaft buchhalterisch klarer darzustellen, wurden schliesslich 1918 die Stiftungen, die der GGG nur zur Verwaltung anvertraut waren, von denen sie aber nicht direkt profitierte, aus dem Gesellschaftsvermögen ausgeschieden.<sup>37</sup> Bereits 1910 war die Verwaltung der Stiftungsvermögen der GGG von der Kassenführung und Vermögensverwaltung getrennt und einer eigenen Kommission übergeben worden.

2.2

## Die Zinstragende Ersparniskasse: Die Bank der Dienstboten, Kinder und Frauen

Eine Sparkasse für Klein- und Kleinstanleger zu gründen, war dem Vorstand der GGG bereits 1805 angetragen worden. Das Projekt wurde aber erst 1809 praktisch umgesetzt, da man zuerst den Erfolg der Zürcher Anstalt, die als Modell diente, abwarten wollte.<sup>38</sup> Die Grundidee der Zinstragenden Ersparniskasse (ZEK), auch kleinste Einzahlungen anzunehmen und zu einem festen Satz zu verzinsen, war neu für Basel. Sie unterschied sich von bereits bestehenden ähnlichen Einrichtungen<sup>39</sup> «vorzüglich dadurch, dass sie

*weit geringere Beyträge annimmt, und zwar nicht auf einmal, sondern im ganzen Laufe des Jahres; dadurch wird der unbemittelte Beytragende in Stand gesetzt, seine geringen wöchentlichen oder monatlichen Ersparnisse, ohne langen Verzug, an die Casse abzugeben, allwo sie besser als bey ihm selbst aufgehoben sind; und da diess gerade der Hauptzweck der Anstalt ist, so werden alle, die daran Anteil nehmen wollen, aufgefordert ihre Beyträge nicht auf einmal, sondern wöchentlich oder wenigstens monatlich den Empfängern einzuliefern».<sup>40</sup> Die ZEK wandte sich ausdrücklich an Personen mit geringem Einkommen: «Ein Hauptzweck der selben besteht [...] in der Aufmunterung für Unbemittelte, zu häuslichen und zwar wöchentlichen Ersparnissen, es sey von Tag- Dienst- Fabriklohn oder jedem andern rechtmässigen Erwerb.»<sup>41</sup>*

Die ZEK versuchte, ein Kernanliegen von Isaak Iselin umzusetzen: die Erziehung armer und abhängiger Menschen zu Selbstrespekt und Selbsthilfe. Mit dem Appell an die individuelle Eigenverantwortlichkeit eines jeden kritisierte Iselin einerseits den Paternalismus der Reichen, die in den Armen nur «Bedürftige» sahen und keine gleichberechtigten «Nebenmenschen». Andererseits ermahnte er «die Armen», sich in Notzeiten nicht «blind» auf die Hilfe von Reichen und Mächtigen zu verlassen, sondern Armutsrisiken selbst zu vermindern. Beide Aspekte von Iselins sozialpädagogischem Bemühen kamen in der ZEK zusammen. Unbemittelte Werktätige sollten eine ihren finanziellen Möglichkeiten angepasste Sparkasse erhalten. Vermögende Stadtbürger mit dem nötigen Fachwissen führten die Sparkasse ehrenamtlich, um diese Dienstleistung zu ermöglichen. Aufklärerisch war auch der utilitaristische Ansatz der Sparkasse: Der Zins, den die ZEK auch auf kleinste Einlagen zahlte, und die Sicherheit, die sie für die Einlagen bot, sollten den angeborenen Eigennutz des Menschen wecken. In der «Aufforderung an die unbemittelten Bürger und Einwohner der hiesigen Stadt Basel», die 1809 in der ganzen Stadt verteilt wurde, wurde das so formuliert: «Ein bedeutender Vorzug, den die bemittelte Classe der Bürger und Einwohner vor der unbemittelten geniesst, ist dieser, dass Erstere die Früchte ihres Fleisses und ihrer Sparsamkeit wieder anwenden und nutzbar machen können, während diese jenen Vorzug entbehren müssen, weil oft die Ersparniss eines oder mehrerer Jahre bey aller Häusslichkeit nicht hinreichend wäre, ein zinsbares Capital daraus zu bilden. Die Entbehrung eines solchen Vorteils musste die natürliche Folge haben, dass auch der zur genauesten Oekonomie geneigte Taglöhner oder Dienstbote selten Aufmunterung fand, die wenigen Batzen, die er von seinem wöchentlichen Verdienst allenfalls beyseite legen konnte, auf die Tage der Verdienstlosigkeit oder eines gebrechlichen Alters zu sparen; er zog also den gegenwärtigen augenblicklichen Genuss einem zwar noch entfernten aber dauerhaften Vorteil vor.»<sup>42</sup>

Nach einer kurzen Planungsphase begann die neue Sparkasse sofort zu arbeiten. Man verzichtete auf eigene Geschäftsräume, und alle anfallenden Arbeiten wurden unentgeltlich von den Mitgliedern der Verwaltungskommission in ihren Privaträumen erledigt. Die Zinsen, die die ZEK ihren Einlegern auszahlte, musste die Verwaltungskommission erwirtschaften,

indem sie die Einlagen in möglichst sicheren Hypothekarkrediten anlegte. Auch hier konnte die ZEK günstigere Bedingungen anbieten, da sie keine Verwaltungskosten in ihren Berechnungen berücksichtigen musste.<sup>43</sup> Die ehrenamtliche Tätigkeit war wesentlich für den Erfolg des Projekts. Die ZEK ist deshalb ein gutes Beispiel für die Einsparungen, die durch die «ehrenamtlichen» oder «freiwilligen» Leistungen von Mitgliedern der Gesellschaft, von kommunalen und staatlichen Behörden und durch den Erlass von Gebühren und Steuern indirekt auch von den Steuerzahlern für die GGG erfolgten. Sie wurden, wie Miaskowski schon 1877 feststellte,<sup>44</sup> in der Buchhaltung nicht ausgewiesen, obwohl man sich ihrer ökonomischen Relevanz in den Leitungsgremien der GGG durchaus bewusst war.

Die Bedingungen für die sogenannten «Einleger», die Geld auf der ZEK anlegen wollten, waren anfänglich wenig attraktiv.<sup>45</sup> Um die Sparkasse «unbemittelten Bürgern und Einwohnern» vorzubehalten, wurde ein Maximum für die Spareinlage festgesetzt und pro Person nur ein Konto zugelassen. Überschritt das Sparkonto den maximal zugelassenen Betrag, wurde der über das Maximum hinausgehende Betrag gekündigt. Das auf der Kasse hinterlegte Geld wurde zwar zu drei Prozent verzinst, aber erst, wenn der Kontostand acht Franken erreichte hatte. Zahlungen konnten von Januar bis November gemacht werden. Im Dezember war die Kasse geschlossen wegen des Jahresabschlusses. Die Einzahlungen wurden erst ab dem 1. Januar des auf die Einzahlung folgenden Jahres verzinst. Eine Einzahlung musste mindestens 25 Rappen betragen, und auf das ganze Jahr verteilt durften nicht mehr als 60 Franken einbezahlt werden. Dieser Maximalbetrag konnte allerdings nur in den ersten sechs Monaten des Jahres vollständig hinterlegt werden. Ab Juli wurden nur noch 30 Franken angenommen, die bis November in genau festgelegten Teilsummen einbezahlt werden mussten. Die Spareinlagen wurden von sechs «Empfängern» an deren persönlichem Wohnsitz jeweils einmal wöchentlich während einer Stunde entgegengenommen. Jeder Einleger musste sich dabei bei jenem Empfänger melden, der für den Buchstaben, mit dem sein Familienname begann, zuständig war.

Die Einleger hatten zwar das Recht, sich den Jahreszins auszahlen zu lassen, aber erst wenn das Kapital 40 Franken erreicht hatte «und die Anzeige im Wintermonat [November] erfolgt» war, «nemlich 4 Wochen vor Abschluss der Bücher».<sup>46</sup> Die Verwaltungskommission empfahl in der «Aufforderung» von 1809 jedoch dringend, den Zins immer zum Kapital zu schlagen, damit das eigentliche «Lernziel» der Sparkasse erreicht werde, dass «das Capital, welches entweder zur Aussteuer oder Versorgung von Kindern, oder als Notpfennig für das spätere Alter dienen soll, vermehrt werde; denn wenn diese Zinse gleich bezogen werden, welches (um allen Zwang zu vermeiden) laut dem 8. § einem Jeden freysteht, der Franken 40 zu gut hat, so vermehrt sich nicht nur das Capital nicht, sondern der meistens unbeträchtliche Zins würde alsdann öfters unzweckmässig verwendet werden».<sup>47</sup> Zur Veranschaulichung dieser Argumentation

druckte die Kommission der «Aufforderung» eine «Berechnung» bei, «wie ein jährlich zusammengelegtes Capital von Acht Schw[eizer] Franken, im Laufe einer bestimmten Anzahl von Jahren mit Zinsen auf Zinsen berechnet, vermehrt werden kann».<sup>48</sup> Das uns heute selbstverständliche Recht, Geld jederzeit abheben zu können, existierte nicht. Rückzahlungen erfolgten nur im Januar nach Abschluss der Jahresrechnung. Dabei konnte nur das ganze Guthaben bezogen werden, Teilrückzahlungen waren nicht möglich, und die Kündigung des Kontos musste ein halbes Jahr zum Voraus erfolgen.

Diese rigiden Bedingungen, denen sich die Einleger unterwerfen mussten, waren zumindest in den ersten Jahren zwingend nötig, um den Bestand der Sparkasse durch Aufnung eines Reservefonds abzusichern und die Zinszahlungen und die Auszahlung von Rückforderungen garantieren zu können. Die Restriktionen entsprangen aber auch Vorurteilen der regierenden Stadtbürger gegenüber «armen Leuten», die erst nach einem Generationenwechsel in der Verwaltungskommission der ZEK Mitte der 1820er Jahre einer mehr geschäftsmässigen Haltung Platz machten. So meinte Kaufhausschreiber Merian, Gründungsmitglied der ZEK und bis 1825 deren Schreiber, am Ende des ersten Geschäftsjahres etwas enttäuscht, weil nur 110 Personen ihre Ersparnisse bei der ZEK angelegt hatten: «Wenn aber endlich entweder der Lauf der Zeit oder der Drang der Umstände diese widrigen Vorurtheile, diese verderblichen Neigungen und dieses hemmende Misstrauen beseitigt haben, so darf man alsdann einem solchen Werk eine desto längere und glücklichere Dauer versprechen [...]. Eine solche Ersparniss erfordert allerdings eine mühsame Enthaltung von eint und anderm bisherigem Genuss, die wegen der Schwäche der menschlichen Natur selten plötzlich und ganz unbedingt geleistet wird, es sey denn, dass man bey dieser schweren Ueberwindung von gesunder sittlicher Vernunft und einer fürsorgenden Anhänglichkeit an die Seinigen geleitet werde.»<sup>49</sup> «Widrige Vorurtheile» und «hemmendes Misstrauen» sah Merian wohl am Werk, weil er sich an die «Armenkasse für Bandfabrikarbeiter auf der Landschaft» erinnerte, die 1798 auf Druck der Baselbieter Posamente aufgelöst wurde. 1789 gegründet, war die sogenannte «Posamenterkasse» eine obligatorische Arbeitslosenkasse, die von den Seidenbandfabrikanten verwaltet und mit 1,5 Lohnprozenten der Posamente geäufnet worden war. Die Kasse stiess jedoch von Anfang an auf Misstrauen bei den Heimarbeitern und wurde als neue Steuer, nicht als Vorsorge für Notfälle wahrgenommen, da die Fabrikanten, die die Kasse alleine verwalteten, keine Beiträge leisteten.<sup>50</sup>

Die den Armen nachgesagte «Verschwendungssehnsucht» und «Kurzsichtigkeit», die nur dem Moment lebte, prägte bei vielen GGG-Mitgliedern auch noch 1828 das Bild der Armen, als die Verwaltungskommission der ZEK beschloss, ihren Kunden den Bezug von Teilbeträgen ihrer Spareinlagen zu gestatten. Sonst hätte Gedeon Burckhardt(-Bachofen)-Frey, der Nachfolger von Kaufhausschreiber Merian, Skeptikern, die den Kunden der ZEK nicht genug Selbstdisziplin zugetraut hatten, im Jahresbericht 1830 kaum Folgendes zu bedenken gegeben: «Bemerkenswerth ist es, dass von der grossen Anzahl der Theilhaber [1762 Personen]<sup>51</sup>, nur 23 die gegebene Befugniss

benutzten, ihr Guthaben Theilweise zurückziehen zu können; weit entfernt also, dass diese Facilität eine Abnahme des Totalfonds zur Folge hatte, trug solche ohne Zweifel vielmehr zur Vergrösserung desselben bei; liegt es ja im Menschen, dass er oft grossen Werth auf Rechte und Befugnisse legt, aber die Ausübung derselben unterlässt; die Gewissheit in einem Nothfalle, oder auch ohne denselben seine Einschüsse ganz oder theilweise zurück erhalten zu können, mag aber Manchen zur guten Stunde zu einer Probe vermocht haben, und einmal der Anfang gemacht, überwog dann das wohlthuende Bewusstsein des Eigenthums – der Gedanke sich auf dem Wege zur Selbstständigkeit und zur Unabhängigkeit zu befinden – den Hang zu unnöthigen Ausgaben und Genüssen; so fliesst nun, wir dürfen nicht daran zweifeln, mancher Franken in unsere Sparkasse, der, müde auf einen Nothfall zu warten, in die Lotterie oder in die Schenke gewandert wäre, und so wird Mancher ein guter Haushalter, ein ordnungsliebender rechtlicher Mann, der vielleicht sonst die Ordnung gestört und das Gemeinwohl gefährdet haben würde».<sup>52</sup>

Der Erfolg dieses kundenfreundlicheren Angebots brachte allerdings die rein ehrenamtliche Betriebsführung an die Grenzen ihrer Möglichkeiten: «So froh wir sind, den Theilhabern diese Bequemlichkeit gewähren zu können [d. h. den Rückzug von Teilbeträgen], indem es gar manche Fälle gibt, wo Krankheit und andere wirkliche Nothfälle solche theilweise Zurückziehungen vollkommen rechtfertigen, und damit einen Anfang zu Verbesserungen zu machen, die sich vielleicht allmählich ausdehnen dürfen, so müssen wir doch einsehen, dass sie eine bedeutende Vermehrung der Arbeit unserer Verwaltung zur Folge haben muss und den Zeitpunkt, allwo salarirte Buchhalter und Kassier werden müssen angestellt werden, beschleunigen könnte; welchen Zeitpunkt wir, nicht blos der, grösstentheils unserm Reservefond zur Last fallenden Ausgabe wegen, so lange möglich verschieben zu können, wünschen müssen.»<sup>53</sup> Der Erfolg der ZEK wurde in den folgenden Jahren zu einer immer grösseren Belastung. 1839 kommentierte der Verwaltungsbericht der ZEK die Erfolgszahlen (3035 Teilhaber, Gesamtverwaltungsfonds von 505 823 Franken; 321 ausgetretene, 501 neue Einleger) mit den Worten: «Es erhellt aber auch daraus, in welchem Verhältniss die Mühe und Arbeit unsrer Herren Buchhalter, Kassier und Empfänger zugenommen haben, und wie wird darauf Bedacht genommen werden müssen, ihnen durch Gehülfen, grösitere Vertheilung von Buchstaben [d. h. Reduzierung der Kontenzahl] oder andere zweckmässige Veränderungen, ihre Geschäfte zu erleichtern.»<sup>54</sup> Seit 1833 war die Sparkasse «wegen den Abschlüssen der Buchhaltungen der Empfänger, welche bei der grossen Menge der Posten viele Zeit erfordern und dem Abschluss der Hauptbuchhaltung voran gehen müssen», von Oktober bis Dezember geschlossen.<sup>55</sup> Die Kasse drohte ihre Funktionsfähigkeit zu verlieren, als sie die Beschränkungen, die für die Einlagen 1809 aufgestellt worden waren, bis 1842 schrittweise fast vollständig aufhob.

Entscheidend für die Weiterexistenz der ZEK war deshalb die 1847 von Johann Jakob Speiser-Hauser, dem Gründer der Bank in Basel und der Schweizerischen Centralbahn, in die Wege geleitete Reorganisation. Speiser glich die Einlagebedingungen der ZEK nicht nur den marktüblichen Ge pflogenheiten an. Er verzichtete auch auf die strikte Ehrenamtlichkeit der

[Abb. 38]

Tabelle der zinstragenden Ersparniskasse über Geschlecht, Herkunft und Berufsart ihrer 1449 Beiträgenden.

Buchstaben.	Männliche.							Weibliche.							Totale:	
	Fremde.			Einheimische.				Fremde.			Einheimische.					
	Selbstständige.	Dienstboten.	Kinder.	Selbstständige.	Dienstboten.	Kinder.	Waisenhaus.	Donatoren.	Selbstständige.	Dienstboten.	Kinder.	Waisenhaus.	Donatoren.	Donatoren.		
A.	--	2	--	--	1	--	2	2	--	6	--	3	1	--	17	
B.	--	10	1	2	14	30	9	11	--	38	1	14	20	7	13	193
C.	--	--	--	--	--	--	--	5	--	1	--	3	--	--	--	9
D.	--	1	2	1	3	13	1	--	4	24	--	2	15	6	1	74
E.	--	--	--	--	6	18	5	--	--	18	--	3	13	31	3	97
F.	--	1	2	--	--	6	10	4	--	21	1	1	16	13	6	81
G.	--	3	--	1	11	20	8	4	1	37	--	2	15	22	5	126
H.	--	2	--	--	4	10	2	--	--	12	--	--	3	5	--	35
J.	--	8	--	--	4	11	1	--	--	34	--	--	9	7	1	75
K.	--	9	--	--	2	23	2	1	--	13	--	--	2	21	--	73
L.	--	9	--	--	8	13	3	4	--	46	--	4	20	24	2	130
M.	--	1	--	--	3	1	--	--	--	7	--	--	2	2	--	16
N.	--	1	3	1	--	8	--	--	--	4	2	--	--	1	--	20
O.	--	3	--	--	2	3	3	--	--	10	1	1	1	4	1	29
P.	--	4	--	--	8	17	4	--	--	23	--	1	9	15	1	82
R.	--	13	2	--	28	42	5	1	--	46	5	6	35	38	1	223
T.	--	1	--	--	5	2	--	--	--	9	--	--	9	--	1	27
U.	--	1	--	--	--	4	--	--	1	3	--	--	--	--	--	9
V.	--	2	--	--	--	5	--	--	--	2	--	--	1	8	--	18
W.	--	6	--	--	9	16	4	--	--	25	--	1	12	14	3	87
Z.	--	1	3	--	--	2	--	--	1	12	--	1	2	6	--	28
Total.	4	81	7	5	111	248	50	22	7	391	10	36	190	240	33	1449

[Abb. 39]

## Résumé.

Art der Beiträge.	Männliche.		Weibliche.		Totale.
	Fremde.	Einheimische.	Fremde.	Einheimische.	
Selbstständige . . . .	4	5	7	36	52
Dienstboten . . . .	81	111	391	190	773
Kinder . . . .	7	248	10	240	505
Waisenhaus . . . .	--	50	--	33	83
Donatoren . . . .	--	22	--	14	36
Beitragende . . . .	92	436	408	513	1449
	528		921		

## Erläuterungen.

Fremde: Was nicht zu unserer Stadt und Kanton gehört.

Einheimische: Bürger hiesiger Stadt oder Kantons.

Selbstständige: welche in keinen Diensten stehen.

Dienstboten: Knechte, Mägde, Lohnämmler, Fabrikarbeiter.

Kinder: welche unter ihren Eltern oder Vögten stehen.

Waisenhaus: Kinder im Waisenhaus und Gundeldingen.

Donatoren: welche für Kinder Geschenke beitragen.

[38] Die «Tabelle der zinstragenden Ersparniskasse über Geschlecht, Herkunft und Berufsart ihrer 1449 Beiträgenden», die erste Sozialstatistik der Bank von 1828. Damals wurden die Bankkunden noch alphabetisch erfasst und, unterteilt in «Einheimische» und «Fremde», nach Geschlecht, Beruf und Altersgruppen aufgeschlüsselt. Als Fremde galten alle, die kein Kantonsbürgerecht besaßen.

[39] «Résumé» der statistischen Analyse und «Erläuterungen» zu den in der Statistik erfassten Gruppen. Interessant ist die Gruppe der «Donatoren», die für Kinder Sparkonten anlegen. Ganz deutlich wird auch die Dominanz der Frauen und Kinder.

Geschäftsführung, gab der Sparkasse ein zentral gelegenes, öffentliches Geschäftslokal in der Schlüsselzunft in der Freien Strasse, das jeden Tag, auch sonntags, mehrere Stunden offen war und stellte einen bezahlten Geschäftsführer an, der die Buchhaltungsführung übernahm. Die entstehenden Lohn- und Verwaltungskosten wurden, wie bereits 1828 vorgeschlagen, aus den Zinsen des Reservefonds bezahlt. Die Mitglieder der Verwaltungskommission waren aber weiterhin täglich im Geschäftslokal anwesend und überwachten persönlich die Transaktionen, was der ZEK während des ganzen 19. Jahrhunderts ihr ganz eigenes Gepräge gab.<sup>56</sup> Die Reorganisation war ein voller Erfolg. 1850 konnte die ZEK melden, das die Zahl der Einleger jetzt einem Viertel der Basler Einwohner entspräche, «*eine Proportion, die gewiss nicht leicht übertrffen werden wird, und doch ist in unserer Stadt die unbemittelte Klasse nicht in besonders starkem Masse vertreten*».<sup>57</sup>

Tatsächlich waren Fabrikarbeiter und Taglöhner in Basel keine Bankkunden, im Gegensatz zum Beispiel zu Neuenburg.<sup>58</sup> Taglöhner und Fabrikarbeiter meldeten sich von Anfang an nicht in dem Ausmass, wie sich das die Gründer der ZEK erhofft hatten. Kaufhausschreiber Merian, der sich schon 1810 über den mangelnden Sparsinn bei den unbemittelten Einwohnern Basels beklagte, stellte im Jahresbericht von 1815 fest: «*Aber auch diessmal müssen wir den Wunsch wiederholen, dass nicht blos Dienstboten, sondern auch mehr Taglöhner, Fabrikarbeiter und s.w. dasjenige beytragen möchten, was sie von ihrem Tag- oder Wochenlohn erübrigen können.*»<sup>59</sup> Und 1820 klagte er: «*Diese erfreulichen Fortschritte unserer Anstalt, werden jedoch nie unsern schon oft wiederholten Wunsch schwächen, dass die ganz arme und so zahlreiche Classe von Taglöhnnern, Fabrikarbeitern u.s.w. selbige immer mehr benutzen möge durch Einschissung wöchentlicher oder monatlicher Ersparnisse; mit Vergnügen werden sie aufgenommen ohne Rücksicht auf die daherige Erschwerung der Comptabilität; denn die Verwalter fänden sich dafür hinreichend belohnt durch das häusliche Gedeiben ihrer Nebenmenschen, und durch die schätzbare Aufmerksamkeit, womit Sie theuerste Freunde und Beförderer des Guten und Gemeinnützigen, unsere Verrichtungen fernerhin beebrnen wollen.*»<sup>60</sup>

Über die soziale Zusammensetzung der Kundschaft der ZEK finden wir erst nach dem Rücktritt von Kaufhausschreiber Merian Genaueres. Erste Angaben zu Grösse und Verteilung der Spareinlagen finden sich im Jahresbericht von 1827.<sup>61</sup> Das Guthaben von 1381 Einlegern betrug 1827 insgesamt Fr. 164 331.28. Dieses Geld verteilte sich wie folgt: 23 Einleger oder etwas weniger als 2 Prozent verfügten über Guthaben von 1 bis 8 Franken und stellten insgesamt Fr. 142.– oder weniger als 1 Prozent des Kassavermögens. 851 Einleger besassen ein Guthaben zwischen 8 und 100 Franken und 291 ein Guthaben zwischen 100 und 200 Franken. Diese zweite Gruppe, zusammen 1142 Personen oder rund 82 Prozent der Einleger, verfügten mit Fr. 81 605.– über rund 50 Prozent des Kassenvermögens. Eine dritte Gruppe von 194 Personen mit Einlagen zwischen 200 und 600 Franken oder 14 Prozent der Einleger brachte Fr. 63 549.– oder fast 40 Prozent der Einlagen zusammen. Den verbleibenden 22 Personen oder 2 Prozent der

Einleger mit Einlagen zwischen 600 und 1400 Franken gehörten die übrigen 10 Prozent des Kassenvermögens. Auch wenn Angaben zu Alter, Geschlecht und Beruf fehlen, bestätigt diese Zusammenstellung die geringe Beteiligung der Tagelöhner und Fabrikarbeiter. Sie dürften in der ersten Gruppe mit Guthaben zwischen 1 und 8 Franken zu suchen sein.

Eine Tabelle «über Geschlecht, Herkunft und Berufsart ihrer 1449 Beitragenden»<sup>62</sup> veröffentlichte die ZEK erstmals 1828 im Anhang zum Jahresbericht (vgl. Abb. 38–39, S. 191). Daraus geht hervor, dass die Kundschaft zu mehr als einem Drittel aus Kindern bestand und zu zwei Dritteln weiblich war. Ausser unter den Waisenkindern und «Donatoren» sind die Frauen in allen aufgeführten Gruppen in der Mehrheit, auch in der Gruppe der selbständig Erwerbenden, in der die Baslerinnen in dieser sonst insgesamt sehr kleinen Gruppe deutlich dominieren. Bei den «Dienstboten» (Tagelöhner und Fabrikarbeiter werden nicht gesondert ausgewiesen) überwiegen wieder deutlich die Frauen, die mit 581 Personen die grösste Einlegerkategorie stellen, allerdings überwiegen hier im Verhältnis von 2 zu 1 die Nichtbaslerinnen die Baslerinnen mit 391 zu 190 Personen. Die männlichen Dienstboten, fremde und einheimische, kommen zusammen hingegen nur auf 192 Personen. Kinder beiderlei Geschlechts, einschliesslich der Waisenkinder, die fast ausschliesslich aus Basel stammen, bilden mit 588 Personen die mit Abstand grösste Einlegergruppe überhaupt. Zu dieser Gruppe können auch die 36 Basler Donatoren gezählt werden, da sie Gelder für Kinder oder unmündige Erwachsene auf der Kasse hinterlegt haben.

Zwischen 1828 und 1848 veränderte sich dieses Bild nicht wesentlich, nur der Anteil der erwachsenen erwerbstätigen Personen nahm zu. Zur sozialen Zusammensetzung der 4754 Kontoinhaber im Jahre 1848 lesen wir im Verwaltungsbericht der ZEK: «*Die gegenwärtigen Theilhaber lassen sich ziemlich genau in 4 Theile scheiden, wovon der eine Kinder unter 15 Jahren, ein anderer ältere Einleger männlichen Geschlechts, die übrigen beiden diejenigen weiblichen Geschlechts (und zwar der eine davon Dienstboten) begreift; nur der 6te Teil der Einleger über 15 Jahren sind Verheirathete. In Bezug auf den Stand der Einleger lässt sich doch eine erfreuliche Erscheinung wahrnehmen in dem zunehmenden Verhältniss der Fabrikarbeiter und Posamentier zu den übrigen Klassen. Voriges Jahr stellte es sich wie 3 ½ zu 100, nun mehr wie 5 zu 100.*»<sup>63</sup> Die Kinder unter 15 Jahren machten 1848 nur noch ein Viertel der Kontoinhaber aus. 1828 war die Hälfte der Einleger noch Kinder. Auch der Frauenanteil hatte sich von zwei Dritteln auf die Hälfte reduziert. Davon waren aber immer noch 50 Prozent oder fast ein Viertel aller Einleger Dienstboten. Erstmals erfahren wir auch etwas über den Zivilstand der Einleger: Von den erwachsenen Einlegern waren fünf Achtel unverheiratet, also auch ein grosser Teil der Männer.

Das Überwiegen von weiblichen Dienstboten und Kindern im Kundenstamm war eine direkte Folge der rigiden Anlagebedingungen bis 1828, trug aber auch massgeblich zur erfolgreichen Etablierung der ZEK bis 1847 bei. Konti für Kinder wurden langfristig angelegt, ebenso diejenigen der Dienstboten, die Rücklagen für die Zeit machten, in der sie zu alt zum

Arbeiten waren. Dienstboten verfügten zudem über einen festen Lohn, wohnten oft im Haushalt ihrer Herrschaft und litten deshalb weniger unter wirtschaftlichen Krisen als Taglöhner und Fabrikarbeiter. Diese Zusammenhänge waren auch der Verwaltungskommission klar, wie der Bericht von 1847 belegt. In diesem Hungerjahr, einem auch für die ZEK wirtschaftlich schwierigen Jahr, verminderten sich zwar die Zahl der Einleger und das Kapital, gleichzeitig erhöhte sich aber die Durchschnittshöhe der Einlagen. Daraus schloss der Berichterstatter, dass die Taglöhner und Fabrikarbeiter, die von Arbeitslosigkeit und hohen Lebensmittelpreisen betroffen waren, keine Einlagen mehr machen konnten, während die Dienstboten, die im Haushalt ihrer Herrschaft lebten, davon nicht betroffen waren und deshalb weiterhin in der Lage waren, grosse Teile ihres Lohnes einzuzahlen.<sup>64</sup> An dieser Konstellation änderte sich auch in den folgenden Jahrzehnten nichts. Im Bericht von 1861 lesen wir: die «*Stockung, die sich in mancherlei Gewerben fühlbar gemacht hat*», erkläre die Erhöhung der Rückzüge. Die nicht der Teuerungsrate entsprechende Entwicklung der Einlagen habe damit zu tun, «*dass die Fabrikarbeiterklasse unter unsren Theilnehmern nur schwach repräsentirt ist, und letztere [die Einleger der ZEK, d. h. die Dienstboten] daher von der Verdienstlosigkeit weniger berührt sind, als man im Allgemeinen voraussetzen möchte*».<sup>65</sup>

Es war aber nicht nur die prekäre Einkommenslage von Arbeitern und Taglöhnnern, die es ihnen verunmöglichte zu sparen. Die Dienstleistungen, die die ZEK anbot, und die Bedingungen, die sie stellte, entsprachen zu wenig ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten. Die Verwaltung wurde sich dieser Problematik nur langsam und relativ spät bewusst. Die 1847 eingeführte Sonntagsöffnung, die offenbar bei einigen GGG-Mitgliedern auf Kritik stiess, war ein erster Versuch, eine Erhöhung der Kundschaft unter den Fabrikarbeitern durch eine gezielte Anpassung der eigenen Dienstleistungen an deren Arbeitszeiten zu erreichen: «*Auch die Sonntagsöffnung erscheint somit völlig gerechtfertigt; wenn in Berücksichtigung der kürzeren Oeffnungszeit am Sonntag gesagt werden darf, dass die Einlegerzahl hinter denjenigen der Werkstage kaum zurückbleibt, so weist der kleinere Durchschnittsbetrag der einzelnen Einlage auf die Klasse von Theilnehmenden hin, woraus sich die Sonntagsfrequenz recruiert; es sind noch in engerem Sinne Ersparnisse, welche an diesen Tage gebracht werden; und in der That benützen von den wenigen regelmässig monatlich oder gar wöchentlich erscheinenden Einlegern – wir zählen deren nur etwa 2 Dutzend – mehrere den Sonntag; die zum ersten Male Einlegenden sind an diesem Tage verhältnismässig noch stärker repräsentirt, als an den Wochentagen. Auch für Rückzahlungen wurden die Sonntage öfters benützt, obwohl in etwas schwächerem Masse.*»<sup>66</sup>

Die Reorganisation der ZEK von 1847 war Teil eines ganzen Bündels von Aktivitäten der GGG, die sich an die Fabrikarbeiter richteten.<sup>67</sup> Das Zentrum dieser Bemühungen war die 1844 gegründete Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, die unter der Leitung von Carl Sarasin(-Vischer)-Sauvain stand und von der Mitgliederversammlung den Auftrag erhalten hatte, «*die Verhältnisse der Fabrikarbeiter im Auge zu behalten und zu ver-*

bessern».<sup>68</sup> Die wachsende revolutionäre Unruhe und das Entstehen politischer Organisationen unter den Fabrikarbeitern verunsicherten die Basler Unternehmer und Fabrikbesitzer. Die ZEK war von Anfang an in die Tätigkeit der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse involviert. So verwahrte sie die Vermögen derjenigen Alters-, Kranken- und Hilfskassen, die sich seit 1844 der unentgeltlichen Verwaltung durch diese Kommission unterstelltten. 1849 meldete die Kasse «*die nunmehrige massenweise Betheiligung von Fabrikarbeitern bei unserer Kasse, begründet auf eine Uebereinkunft derselben mit den betreffenden Bandfabrikanten. Und dieser Buchstabe der Uebereinkunft (die Folge einer von Opfern begleiteten Aufmunterung der Fabrikherren), nach welchem ein kleiner Theil der Arbeitslöhne in die Ersparnisskasse wandert, wir zweifeln nicht, er wird auch zur Ueberzeugung jedes einzelnen einlegenden Arbeiters, dass dieses Zurücklegen ein wesentliches Förderungsmittel seines Gedeihens ist.*69 Dank dieser Form des Zwangssparens erhöhte sich der Anteil der Fabrikarbeiter an den Einlegern schlagartig von 5 auf 20 Prozent.

Detaillierte Angaben zu Alter, Berufsgruppe, Heimat und Zivilstand ihrer Einleger<sup>70</sup> veröffentlichte die ZEK erstmals im Verwaltungsbericht von 1849.<sup>71</sup> Von den 6058 Einlegern gaben 2559 an, aus Basel zu stammen, 2206 waren Schweizer, 1103 stammten aus Deutschland und 190 aus anderen Ländern. Etwas mehr als ein Sechstel der Einleger waren also keine Schweizer, und von den Schweizern stammten etwas mehr als die Hälfte aus Basel. Weibliche Personen waren mit 3600 Einlegern oder fast 60 Prozent immer noch deutlich in der Mehrheit. Der Anteil der Kinder und unmündigen Personen betrug mit 37 Prozent mehr als ein Drittel. Ledig waren 44 Prozent der Einleger und verheiratet 19 Prozent. Der Anteil der Kinder, Frauen und Verheirateten an der Gesamtheit der Einleger hatte sich also nicht verändert gegenüber 1848, trotz der Vervierfachung des Anteils der Fabrikarbeiter.

Es veränderte sich nur die Zusammensetzung des männlichen Teils der erwerbstätigen Einleger, deren Berufstätigkeit erstmals differenziert ausgewiesen wurde, in dem zwischen Angestellten, Fabrikarbeitern und «Handarbeitern» im Taglohn unterschieden wurde. Von den zwei Dritteln erwerbstätigen und mündigen Personen gehörte etwas mehr als ein Fünftel dem «Handels-, Lehr- und Beamtenstand» an oder «der Beruf war nicht bekannt»,<sup>72</sup> zwei Fünftel waren Dienstboten, ein Fünftel Fabrikarbeiter und ein weiteres Fünftel «Berufreibende (Handarbeit)», das heißt Gesellen und Taglöhner. Interessant ist auch die Geschlechterverteilung unter den verschiedenen Berufsgruppen. Von den 40 Prozent Männern waren 25 Prozent Angestellte, 11 Dienstboten, 39 Prozent Fabrikarbeiter und 25 Prozent Handarbeiter. Männliche Angestellte und Handarbeiter machen also je ein Viertel der Männer aus, während die Fabrikarbeiter und die männlichen Dienstboten zusammen die andere Hälfte repräsentieren. Von den 60 Prozent Frauen waren 21 Prozent Angestellte, 55,5 Prozent Dienstboten, 8,5 Fabrikarbeiterinnen und 15 Prozent gehörten zur Gruppe der «Handarbeiter». Die grösste Berufsgruppe bei den Frauen, die Dienstboten, stellte also die

kleinste Gruppe bei den Männern dar, und umgekehrt die grösste Berufsgruppe bei den Männern, die Fabrikarbeiter, die kleinste bei den Frauen. Fabrikarbeiter und ihre Frauen waren mit 7,5 Prozent, Fabrikarbeiterinnen mit 6 Prozent und Taglöhner und ihre Frauen sowie ledige Taglöhnerinnen mit je 1 Prozent, also insgesamt mit rund 16 Prozent an der ZEK beteiligt. Diese Proportionen veränderten sich bis 1859 nicht wesentlich.<sup>73</sup>

Die von den Unternehmern durch obligatorische Einlagen von Lohnanteilen geförderte Beteiligung von Fabrikarbeitern an der ZEK war kein Erfolgsmodell, wie wir aus dem Jahresbericht von 1868 erfahren: «*Die Ihnen bekannte Zurückhaltung der Fabrikarbeiter ist noch immer vorhanden, theilweise wohl zu erklären durch in den Fabriken selbst bestehende Sparcassen. Aus einzelnen Fabriken, wo den Arbeitern eine Zulage zu dem obligatorisch für die Ersparnisscasse zurückgelegten Theil des Lohns gemacht wird, hatten wir wohl regelmässige Einlagen, die aber vielfach auch ebenso regelmässig bald wieder zurückgezogen werden. Wir könnten es sonst nur gerne sehn, wenn von der arbeitenden Classe überhaupt unser Institut mehr, als es der Fall ist, auch als Bank in der Weise benutzt würde, dass selbst auf die Gefahr baldigen Rückzugs verfügbare Gelder öfters und auch in kleineren Beträgen niedergelegt und ebenso nach Bedürfniss wieder erhoben würden. Ganz regelmässige, z.B. vierzehntägige Einlagen sind aber bei uns eine sehr grosse Seltenheit.*»<sup>74</sup> Trotzdem unterstützte die ZEK weiterhin die Gründung von Sparkassen in Fabriken in den 1870er Jahren oder lieferte an andere sozialtätige Organisationen wie 1879 «*an die Arbeitersäle [der Evangelischen Stadtmission] im Engelhof [...] die vollständige Einrichtung für eine eigene Sparkasse*»<sup>75</sup>. Aus diesem speziellen Engagement für die Arbeiterschaft entstand 1880 auch die Idee, einen Teil des Reingewinns für soziale Zwecke der GGG zur Verfügung zu stellen, eine Idee, die zur Gründung des Spezialfonds führte, der der Zentralkasse der GGG zur Verfügung gestellt wurde.<sup>76</sup>

1884 zum 75. Jubiläum ihres Bestehens machte es die Verwaltungskommission zu ihrem erklärten Ziel, in Zukunft besonders das Sparen kleinster Summen zu fördern und damit speziell die städtische Unterschicht in ihre Tätigkeit mit einzubeziehen.<sup>77</sup> Sie setzte dies 1885 praktisch um mit der Einführung von sogenannten Sparmarkenbüchlein. Kleinste Geldbeträge konnten gegen Sparmarken getauscht und diese in Markenbüchlein eingeklebt werden: «*Der Verkauf der Sparmarken zu 10 Centimes und die unentgeltliche Abgabe der Sparkarten erfolgt in 60 Ladengeschäften, deren Besitzer diese freiwillige Dienstleistung in bereitwilligster Weise übernommen haben. Die Einlieferung einer mit 10 Sparmarken beklebten Karte [1 Franken war die minimal mögliche Einzahlung] wird als Einlage von einem Franken angesehen und sowohl an der Hauptcasse als in den Ablagen [Filialen der ZEK] angenommen [...]. Die Sparmarkenbüchlein dienen zur Ansammlung von kleinsten Beträgen, entweder für einen bestimmten Zweck, wie Hauszins, Beiträge zu Krankenkassen, Versicherungsprämien, Anschaffung irgend eines nöthigen Gegenstandes, oder zum Zusammensparen eines kleinen Guthabens, welches nach Belieben in ein gewöhnliches (zinstragendes) Büchlein übertragen werden kann.*»<sup>78</sup> Da diese

Form des Sparens nach einem gewissen Anfangserfolg auf wenig Interesse stiess, wurden die Sparmarkenbüchlein schliesslich nach 1900 wieder aufgegeben.

Parallel zu ihren Bemühungen, möglichst breite Kreise der städtischen Unterschicht zum Sparen zu motivieren, verfeinerte die ZEK nach 1870 die soziologische Analyse ihrer Kundschaft. Die sehr detaillierten soziologischen Analysen der Neueinleger, die ab 1870 jedes Jahr im Verwaltungsbericht der ZEK veröffentlicht wurden, zeigten aber keine Zunahme der Beteiligung von Arbeitern und Taglöhnnern. Nach 1875 sank der Anteil der Fabrikarbeiter sogar: Von 18 Prozent im Jahre 1870 auf rund 10 Prozent nach 1875.<sup>79</sup> Frauen, Kinder und Dienstboten blieben weiterhin das Hauptpublikum der ZEK. Hingegen erhöhte die Einwanderung den Anteil der nicht aus Basel stammenden Einleger und der Nichtschweizer unter den Neueinlegern deutlich.

Die statistische Beschäftigung mit dem Verhalten der eigenen Kundschaft liess 1875 erstmals Wilhelm de Abel Heusler, Präsident der Verwaltung der ZEK, vermuten, dass die hohe Mobilität der Fabrikarbeiterchaft in der Stadt Basel das Haupthindernis sei, Geld in einer lokalen Sparkasse anzulegen.<sup>80</sup> Heusler unterstützte deshalb 1890 ausdrücklich die Einführung von Postsparkassen: «*Obschon das Sparcassenwesen in der Schweiz im Allgemeinen in einer Weise entwickelt ist, welche die Einführung von Postsparcassen nicht besonders notwendig erscheinen lässt, so bestehen eben doch gewisse Mängel und Lücken, welchen durch diese Institution abgeholfen werden könnte [...] die Oeffnungszeiten der Privatsparkassen wird stets auf gewisse Stunden des Tages beschränkt bleiben; die Uebertragbarkeit der Guthaben bei Domicilwechsel, welcher in den grössern Städten so häufig vorkommt, wäre mittelst der Posteinlagen zu jeder Zeit kostenfrei möglich. – Diesen und andern Mängeln könnten die Postsparcassen begegnen, ohne dass dadurch die grössern, gut situierten «eigentlichen» Sparkassen in ihrer Existenz und Entwicklung gefährdet würden.*»<sup>81</sup> Spät erkannte man in der Verwaltungskommission der ZEK, dass es nicht «Verschwendungs sucht» war, die Fabrikarbeiter am Sparen hinderte, sondern das Fehlen passender Angebote. Die ZEK hatte also die selbstgestellte Aufgabe, eine Sparkasse für «Unbemittelte» zu sein, nur teilweise erfüllt. Sie war zu lokal, um einer sozialen Gruppe dienlich zu sein, die im 19. Jahrhundert hochmobil sein musste, da sie ihr Arbeitsleben strikt nach Angebot und Nachfrage ausrichten musste.

Der fortgesetzte Erfolg der ZEK ermöglichte es, 1881 ein eigenes Geschäftsgebäude am Luftgässlein am St. Alban-Graben zu bauen. Bereits 1879 hatte man drei «Einnehmereien» zusätzlich zum Geschäftslokal in der Schlüsselzunft an der Freien Strasse eröffnet: zwei im Grossbasel und eine im Kleinbasel.<sup>82</sup> 1883 waren es bereits deren fünf, «nämlich drei in der grossen Stadt und zwei in Klein-Basel».<sup>83</sup> Als die ZEK schliesslich Mitte September 1899 eine Filiale mit eigenem Personal an der Feldbergstrasse 70 eröffnete unter der Leitung von Wilhelm Schmidlin,<sup>84</sup> später «in das daneben am Claragraben liegende, Herrn Riesterer-Asmus gehörende Haus» verlegt,<sup>85</sup>

wurden die von Freiwilligen betriebenen fünf «Einnehmereien» alle bis 1901 aufgehoben. Um die ehrenamtliche Geschäftsleitung und besonders den Geschäftsführer und den Buchhalter der beiden Geschäftssitze zu entlasten, wurden für Abschluss und Bilanz seit 1893 temporär angestellte Mitarbeiter herangezogen,<sup>86</sup> die 1901 «zum Teil durch Vermittlung der [GGG-eigenen] Schreibstube für Arbeitslose im Bischofshof» angeworben wurden.<sup>87</sup> Nur so konnte das Prinzip einer auf Freiwilligkeit beruhenden Verwaltung der ZEK noch aufrechterhalten werden.

Die ZEK blieb bis 1966 eine reine Spar- und Hypothekenbank.<sup>88</sup> Sie verzichtete aus prinzipiellen Gründen von Anfang an auf jegliches Kreditgeschäft sowie auf die Pfandleihe. Diese Formen des Bank- und Geldgeschäfts wurden von anderen von der GGG unterstützten Instituten übernommen, die jedoch wesentlich später entstanden als die ZEK. Für die Kreditvergabe an selbständig Erwerbende, die kurzfristig eine Anschubfinanzierung oder einen Überbrückungskredit benötigten, gründete 1842 die GGG die Vorschusskasse, ein Projekt, das anlässlich des 60-Jahr-Jubiläums 1837 von Adolf Christ-Sarasin zum ersten Mal präsentiert worden war,<sup>89</sup> um «bedürftigen Anfängern zum Zwecke der Errichtung oder Erhaltung eines Berufs oder Hauswesens Vorschüsse bis zu Fr. 300.– a[Iter] W[ährung]» zu gewähren.<sup>90</sup> Die Vorschusskasse richtete sich besonders an Handwerker und Gewerbetreibende, eine für das konservative Stadtbürgertum zu diesem Zeitpunkt wichtige Wählergruppe. Sie bestand bis 1861, als sie mit der 1860 gegründeten Handwerkerbank, damals noch eine Genossenschaftsbank, fusionierte. Bis 1872 war die GGG an der Handwerkerbank als Aktionärin beteiligt und entsandte zwei Delegierte in den Verwaltungsrat. Nach einer Reorganisation, die den genossenschaftlichen Charakter der Bank beseitigte, zog sich die GGG aber als Aktionärin ganz aus der Handwerkerbank zurück.

Mit der Reorganisation der Handwerkerbank ging zugleich auch die ihr angegliederte Pfandleihanstalt ein. Erst nach einigen Jahren trat an ihre Stelle 1883 die Basler Pfandleihanstalt, die unabhängig von der GGG gegründet wurde und als Aktiengesellschaft organisiert war.<sup>91</sup> 1884 wurde auch die GGG Aktionärin. Da die Pfandleihanstalt eine wirkliche Angebotslücke schloss, war sie – wie die ZEK – wirtschaftlich immer selbständig und bezog nie Beiträge, im Gegenteil, sie zahlte der GGG Dividenden aus. Sie war zuerst in der Barfüsserkirche untergebracht, wechselte 1892 in das ehemalige Schulhaus Luftgässlein 5, eröffnete kurzfristig 1902 in zwei leeren Sälen der Firma Thurneysen & Co eine Dependance, bis ihr 1904 der Staat die Liegenschaft St. Johannsvorstadt 14 zu annehmbarem Preis überliess und sie dort eine Filiale eröffnen konnte.



[40] Das 1881 errichtete Geschäftsgebäude der Zinstragenden Ersparniskasse (ZEK) am St. Alban-Graben, das das Geschäftslokal in der Schlüsselzunft an der Freien Strasse ablöste, aufgenommen im Juli 1956. Gut erkennbar auch der alte Ausgang des Luftgässleins vor dem Eingang des Bankgebäudes, heute mitten im Credit Suisse Komplex. Beim Abriss des ZEK-Gebäudes wurde das Luftgässlein verkürzt und mündet heute hinter dem ursprünglichen Gebäude vor dem heutigen Antikenmuseum in den St. Alban-Graben.

[Tab. 6]

## ÜBERSICHT ÜBER DIE FINANZEN DER GGG 1800–1916

Jahr	Mitglieder	Jahresbeiträge	Geschenke und Legate	Zinsen und Dividenden	Anteil Reinertrag der ZEK an GGG	Erträge Stiftungen	Andere
1800	155	1'240	1'532	61			0
1801	177	1'416	204	76			982
1802	178	1'424	702	72			0
1803	188	1'504	1'231	120			0
1804	197	1'580	819	120			19
1805	203	1'624	56	80			17
1806	206	1'648	2'096	80			36
1807	213	1'704	282	70			0
1808	206	1'680	632	70			4
1809	219	1'752	32	70			0
1810	256	2'048	1'644	110			0
1811	275	2'200	600	100			0
1812	288	2'336	420	168			0
1813	302	2'416	3'236	565			48
1814	303	2'424	499	98			0
1815	318	2'544	646	226			0
1816	324	2'592	960	225			0
1817	340	2'720	1'618	185			3247
1818	366	2'928	2'684	264			0
1819	369	2'952	1'408	306			0
1820	373	2'984	1'232	319			0
1821	388	3'104	1'196	464			0
1822	379	3'032	1'664	405			0
1823	439	3'512	903	559			0
1824	474	3'792	478	822			0
1825	483	3'864	2'026	533			0
1826	498	3'984	456	515			10
1827	508	4'064	3'265	634			0
1828	502	4'016	1'528	600			0
1829	502	4'016	448	649			0
1830	515	4'120	2'250	500			0
1831	505	4'040	2'623	964			0
1832	509	4'072	516	638			130
1833	506	4'048	88	487			0
1834	509	4'072	5'479	497			0
1835	518	4'144	1'471	563			0
1836	514	4'112	1'361	599			0
1837	540	4'320	166	657			0
1838	536	4'296	5'536	987			192
1839	538	4'304	2'100	850			0
1840	545	4'360	2'774	914			0

Total reine Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ausscrord. Ausgaben	Verwaltung	Passiv-zinsen	Andere Ausgaben	Total reine Ausgaben	Vermögensgewinn
2'833	1'547	1'440	139	0	0	3'126	-293
2'678	1'605	0	159	0	0	1'764	914
2'198	1'609	0	136	0	0	1'745	453
2'855	1'746	800	175	0	0	2'721	134
2'538	2'280	800	180	0	172	3'432	-894
1'777	1'451	0	199	0	21	1'671	106
3'860	1'500	800	178	0	0	2'478	1'382
2'056	2'505	121	166	0	0	2'792	-736
2'386	1'726	400	189	0	0	2'315	15
1'854	2'313	495	196	0	32	3'036	-1'182
3'802	2'048	0	200	0	0	2'248	1'754
2'900	2'200	0	219	0	0	2'419	481
2'924	3'063	0	211	0	0	3'274	-211
6'269	3'271	160	235	0	0	3'666	2'998
3'021	1'899	0	301	0	0	2'200	821
3'416	2'742	0	199	0	0	2'941	-199
3'777	2'788	0	202	0	6	2'996	989
7'770	3'769	2'592	383	0	3'400	10'144	-2'374
5'876	3'315	48	368	0	0	3'731	2'145
4'666	2'772	235	240	0	0	3'247	1'419
4'535	2'731	0	225	0	0	2'956	1'579
4'764	3'769	0	238	0	104	4'111	-342
5'101	2'498	0	272	0	0	2'770	2'331
4'974	3'777	654	324	0	474	5'229	-255
5'092	4'746	0	318	0	0	5'064	28
6'424	5'823	0	359	0	0	6'182	242
4'967	4'592	160	400	0	457	5'609	-642
k.A.	4'507	160	369	0	317	k.A.	2'538
6'144	4'493	400	426	0	0	5'314	830
5'093	4'149	16	446	0	0	4'622	470
6'872	3'688	1'002	552	0	0	5'242	1'620
7'628	4'352	506	812	0	0	5'671	1'956
5'358	9'071	3'220	419	0	0	12'711	-7'353
4'625	4'942	282	439	0	0	5'663	-1'038
10'058	5'722	3'221	438	0	0	9'378	1'880
6'179	4'744	0	471	0	0	5'214	964
6'073	3'802	0	443	0	0	4'244	1'829
5'144	3'436	400	438	0	267	4'605	538
10'993	3'120	1'150	378	0	0	4'647	6'346
7'273	3'937	2'300	547	0	0	6'784	488
8'053	4'480	3'778	0	0	0	8'257	-207

Jahr	Mitglieder	Jahresbeiträge	Geschenke und Legate	Zinsen und Dividenden	Anteil Reinertrag der ZEK an GGG	Erträge Stiftungen	Andere
1841	558	4'464	5'250	1'005			0
1842	561	4'488	1'100	1'000			
1843	571	4'568	2'020	897			0

Buchhaltung in Kurrentgeld

1844	594	4'752	1'750	829			0
1845	612	4'896	1'600	802			0
1846	633	5'064	3'235	793			0
1847	632	5'056	3'400	945			0
1848	636	5'088	1'350	612			0
1849	654	5'232	3'929	23			0
1850	658	5'264	6'611	822			0

Buchhaltung in Kapitalgeld

1851	672	5'376	17'658	1'159			0
------	-----	-------	--------	-------	--	--	---

Wechsel von Kurrentgeld alter Währung zu neuen Schweizer Franken

1852	697	6'970	13'977	1'371			0
1853	710	7'100	6'896	1'386			0
1854	719	7'190	2'096	1'680			7'506
1855	730	7'300	3'070	1'774			0
1856	742	7'420	4'986	3'122			0
1857	731	7'310	5'510	2'871			0
1858	750	7'500	6'320	3'070			0
1859	773	7'330	4'992	3'113			0
1860	798	7'980	4'110	2'952			0
1861	831	8'310	4'484	2'807			0
1862	846	8'460	16'850	2'920			0
1863	841	8'410	29'010	3'252			1'500
1864	854	8'540	8'410	3'663			2'700
1865	858	8'580	7'450	5'083			0
1866	871	8'710	10'325	4'355			0
1867	888	8'880	2'811	4'210			0
1868	904	9'040	550	4'224			0
1869	1'089	10'890	5'670	4'189			0
1870	1'162	11'620	1'050	3'984			0
1871	1'208	12'080	9'990	3'807			510
1872	1'319	13'190	14'210	4'913			0
1873	1'365	13'650	9'240	5'219			0
1874	1'409	14'090	26'540	5'620			998
1875	1'495	14'950	15'340	5'749			0
1876	1'530	15'300	11'226	6'930			0

Total reine Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ausscrod. Ausgaben	Verwal-tung	Passiv-zinsen	Andere Ausgaben	Total reine Ausgaben	Vermögens-gewinn
10'719	4'758	2'109	84	0	0	6'952	3'766
6'589	5'513	2'700	0	0	0	7'113	-528
7'486	4'976	2'500	768	0	0	9'345	-1'859

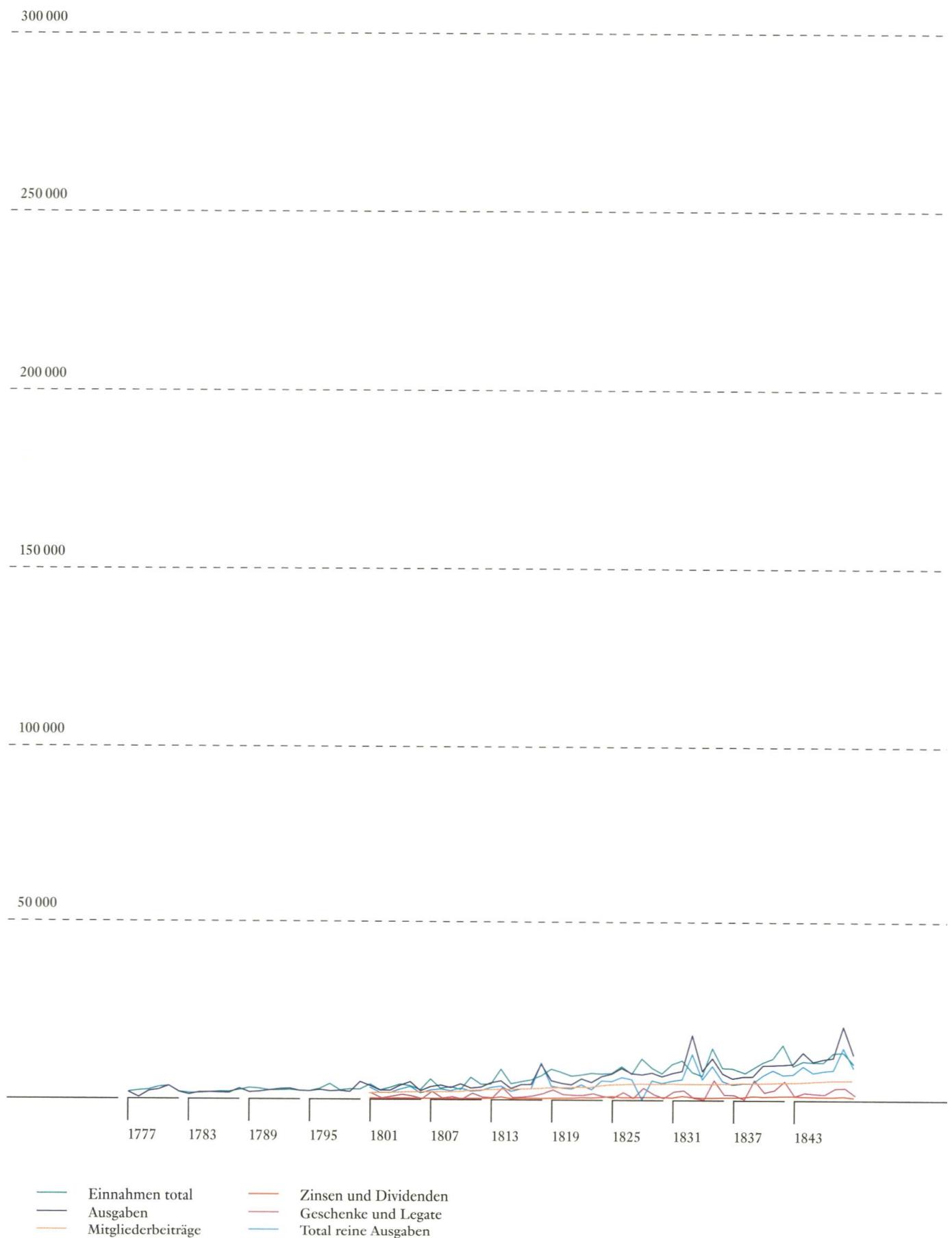
7'331	6'816	170	558	0	0	7'544	-213
7'299	6'681	663	696	0	0	8'041	-742
9'132	7'627	0	693	0	0	8'320	811
9'254	8'238	5'715	526	0	0	14'479	-5'224
7'051	6'687	1'641	621	0	0	8'950	-1'899
9'184	6'395	0	581	0	0	6'976	2'208
12'698	6'140	450	654	0	0	6'590	6'107

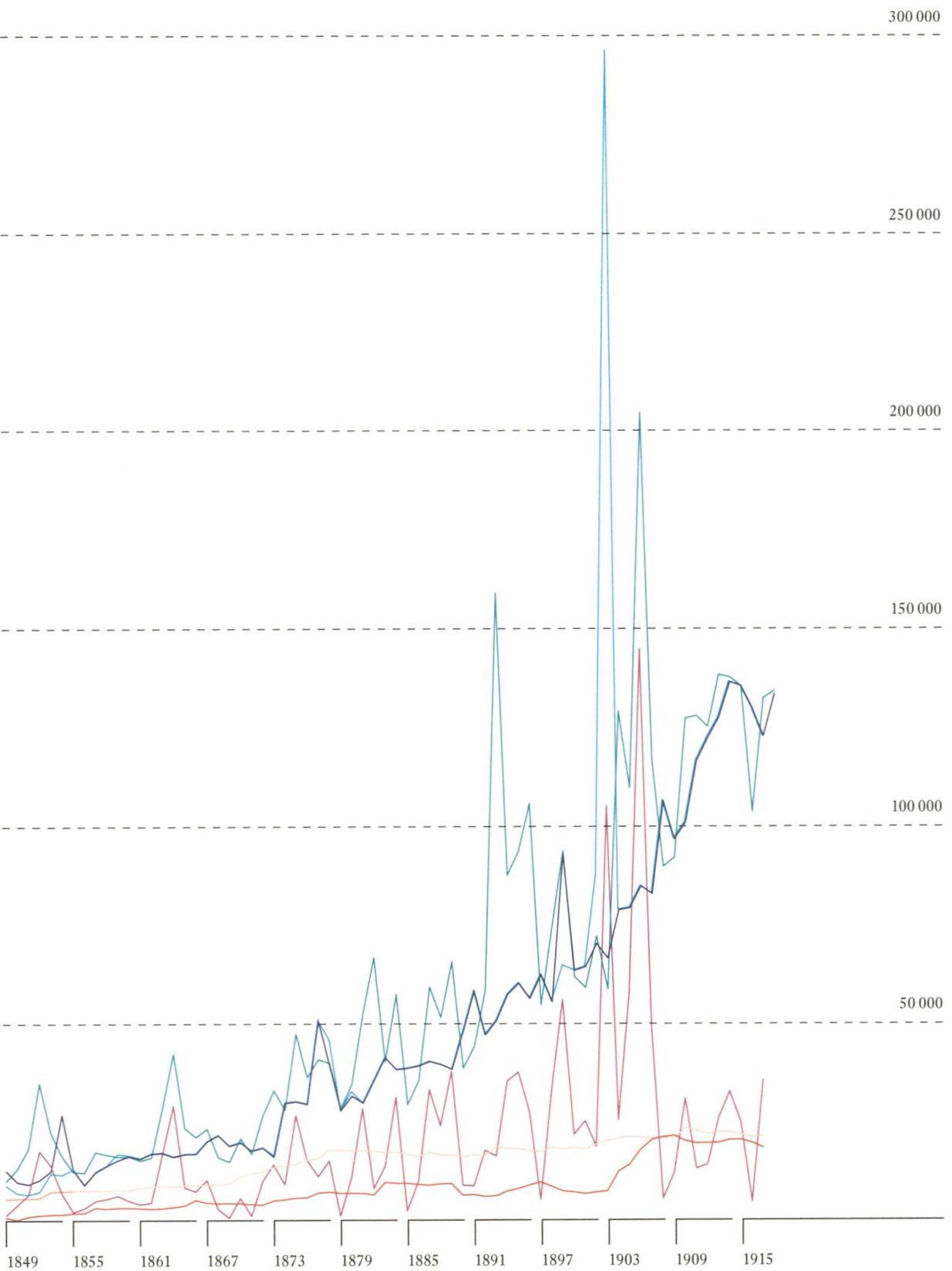
24'194	6753	0	629	0	0	7'405	16'789
--------	------	---	-----	---	---	-------	--------

22'327	8'616	2'373	944	0	0	11'970	10'356
16'345	7'680	17'293	978	0	0	11'658	4'686
12'448	12'162	0	915	0	0	13'078	-629
12'144	8'258	0	947	0	0	9'205	2'938
17'342	11'563	0	924	0	0	12'488	4'854
16'691	9'634	2'500	960	0	908	14'034	2'657
17'595	11'966	3'200	911	0	0	16'887	707
16'327	13'814	1'581	1'104	0	0	16'551	-223
15'176	13'021	1'620	1'148	0	0	15'821	-644
15'925	13'851	2'150	1'075	0	0	17'076	-1'151
28'283	13'905	2'100	1'271	0	0	17'276	11'007
42'172	14'961	0	1'073	0	0	16'276	25'896
23'313	15'924	0	1'005	0	0	16'968	6'344
21'113	16'042	0	977	0	0	17'017	4'094
23'140	19'166	0	1'320	0	0	20'183	2'957
15'972	20'649	0	1'049	0	0	21'698	-5'725
14'769	18'121	0	1'202	0	0	19'052	-4'263
20'749	18'575	0	1'385	0	0	19'911	838
16'854	16'197	2'500	1'598	0	0	17'795	-941
26'387	16'870	16'579	1'680	0	0	18'550	7'837
32'763	14'166	0	2'008	0	0	16'546	16'546
27'884	19'654	7'975	2'024	0	0	29'784	-1900
47'249	27'721	0	2'470	0	0	30'124	17'124
36'039	26'947	0	2'622	0	0	29'486	6'553
40'800	28'332	19'800	2'841	0	19'613	50'974	-10'173

	Jahr	Mitglieder	Jahresbeiträge	Geschenke und Legate	Zinsen und Dividenden	Anteil Reinertrag der ZEK an GGG	Erträge Stiftungen	Andere
	1877	1'747	17'470	15'160	7'155			0
	1878	1'737	17'370	1'040	6'840			0
	1879	1'746	17'460	11'040	6'837			0
	1880	1'740	17'400	28'300	6'819			0
	1881	1'732	17'320	8'210	6'400		33'758	0
	1882	1'686	16'860	13'700	9'639			0
	1883	1'696	16'960	31'166	9'400			0
	1884	1'643	16'430	2'315	9'409			0
	1885	1'586	15'860	9'965	9'111			0
	1886	1'699	16'990	33'025	8'915			500
	1887	1'619	16'190	23'925	9'237		864	200
	1888	1'624	16'240	37'670	9'307		7'795	800
	1889	1'577	15'770	8'970	6'314		7'130	300
	1890	1'622	16'220	8'820	6'460		12'212	300
	1891	1'600	16'000	17'790	5'953	16'712	18'642	300
	1892	1'836	18'360	16'315	6'104	17'665	33'166	300
	1893	1'792	17'920	35'080	7'345	23'336	27'392	0
	1894	1'779	17'790	37'440	8'008	26'021	31'156	600
	1895	1'730	17'300	27'350	8'899	13'991	20'769	0
	1896	1'701	17'010	5'245	9'652	16'765	24'315	300
	1897	1'818	18'180	33'035	8'541	7'896	17'391	100
	1898	1'777	17'770	56'240	7'349	8'615	18'199	0
	1899	1'811	18'110	21'695	7'094	9'639	17'779	0
	1900	1'772	17'720	25'050	6'628	4'262	11'532	0
	1901	1'889	18'890	18'755	7'082	16'614	24'985	0
	1902	1'975	19'750	105'380	7'341	20'056	28'838	0
	1903	2'046	20'460	25'361	12'336	17'800	25'251	62'779
	1904	2'072	20'720	58'046	14'059	12'558	17'027	0
	1905	2'062	20'620	145'188	17'883	16'911	21'100	77
	1906	2'039	20'390	48'968	20'300	17'497	26'681	623
	1907	2'055	20'550	5'493	20'949	15'941	42'422	1'439
	1908	2'025	20'250	12'135	21'329	16'000	38'520	0
	1909	2'290	22'900	30'771	20'037	16'000	53'709	35
	1910	2'227	22'270	13'150	19'418	16'000	72'776	538
	1911	2'155	21'550	14'163	19'502	16'000	70'157	0
	1912	2'199	21'990	25'860	19'547	16'000	71'110	0
	1913	2'184	21'840	32'495	20'260	8'000	63'342	0
	1914	2'118	21'180	24'650	20'303	8'000	62'642	6'894
	1915	2'074	20'740	4'715	19'557	0	58'853	0
	1916	2'098	20'980	35'425	18'331	0	57'861	0

Total reine Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ausserord. Ausgaben	Verwal-tung	Passiv-zinsen	Andere Ausgaben	Total reine Ausgaben	Vermögens-gewinn
47'807	36'602	2'000	3'379	0	0	45'814	1'993
28'262	23'028	16'443	3'426	0	0	27'892	369
35'337	27'867	0	3'680	0	0	32'548	2'789
52'519	27'049	0	2'709	0	0	29'759	22'760
66'917	31'441	900	3'103	0	0	35'444	31'472
40'199	36'655	1'920	2'802	0	0	41'482	-1'283
57'527	34'955	200	2'976	0	0	38'261	19'265
29'203	34'789	1'100	2'587	0	0	38'593	-9'390
35'184	36'192	0	3'029	0	0	39'222	-4'038
59'430	36'243	1'056	2'837	257	0	40'395	19'035
51'666	35'220	130'000	2'712	299	1'378	39'611	12'055
65'791	29'865	599	2'651	5'213	140'634	38'331	27'460
38'484	35'828	1'000	2'693	0	74'307	48'119	-9'635
44'012	40'215	4'000	2'812	9'756	62'555	58'633	-14'620
58'587	39'659	4'000	3'025	507	0	47'203	11'483
59'246	45'083	3'150	2'682	164	0	51'080	8'166
87'737	51'725	3'300	2'421	208	0	57'654	30'083
93'755	54'552	3'266	2'448	279	0	60'546	33'208
72'553	53'074	878	2'533	162	0	56'649	15'904
54'780	53'108	6'420	2'590	67	546	62'734	-7'953
74'728	52'644	460	2'581	134	0	55'820	18'907
96'711	60'520	1'200	2'788	477	0	64'987	434
61'995	57'440	1'436	2'597	311	0	63'735	-1'740
59'216	60'622	1'173	2'615	255	0	64'667	-5'450
89'684	61'319	1'145	3'117	324	5'000	88'006	1'678
388'837	62'012	206	3'617	283	162	296'882	91'955
162'647	74'355	680	3'078	424	62'779	79'138	83'508
109'853	74'333	1'618	3'185	554	0	79'692	30'161
204'869	78'245	987	3'123	2'813	17	85'188	119'680
116'963	76'129	2'113	3'049	1'918	20	83'230	33'732
87'975	90'427	1'295	3'608	1'491	10'000	106'822	-18'846
92'235	88'139	1'053	3'449	2'226	2'218	97'087	-4'852
127'453	90'383	3'942	4'311	2'687	0	101'323	26'129
128'152	110'245	417	4'163	2'023	0	116'849	11'302
125'372	115'742	978	3'771	2'208	0	122'700	2'671
138'507	119'618	2'491	3'735	1'943	0	127'788	10'719
137'937	127'826	3'147	3'440	2'450	0	136'865	1'071
135'670	128'285	0	3'908	2'111	1'610	135'915	-245
103'865	124'771	321	3'340	1'857	0	130'291	-26'425
1'323'597	115'933	875	3'849	2'507	0	123'165	9'431





## ALLGEMEINE RECHNUNGSÜBERSICHT 1875

Jahr	Name	alter Saldo	Einnahmen	Ausgaben
Institute der Gesellschaft				
1875	Repetierschulen	101	1'300	1'402
1875	Zeichnungs- und Modellierschule	6'453	31'555	35'966
1875	Jugend- und Bürgerbibliothek	170	1'745	1'809
1875	Arbeiterbibliothek	226	804	834
1875	Musikschule, laufende Rechnung	128	29'480	29'352
1875	Musikschule, Gründungs- & Anschaffungskosten	1'120	4'690	4'721
1875	Kleinkinderschulen	466	4'220	4'248
1875	Turnwesen	34	1'253	1'088
1875	Turnhallenfonds	27'037	1'201	0
1875	Männliche Schwimm- und Badeanstalt	2'098	8'413	8'792
1875	Frauenbadanstalt im Rhein	10'502	5'633	3'151
1875	Neujahrsblatt	-84	1'177	1'113
1875	Unterstützung v. Gewerbslehrlingen	-557	2'237	2'188
1875	Fabrikarbeiter-Verhältnisse	13	440	447
1875	Patronage-Kommission	784	600	882
1875	Versorgung junger Taubstummer	0	1'200	1'200
1875	Tierschutz-Kommission	64	415	447
1875	Separatfonds derselben	1'750	0	0
1875	Lucasstiftung	0	1'500	1'500
1875	Schlittschuhbahn	199	0	48
1875	Speischütten	1'576	3'020	5'322
1875	Beförderung des Hausverdienstes	806	4'749	4'783
1875	Verschönerung von Basels Umgebung	0	1'000	932
1875	Versorgung verwahrloster Kinder	0	532	236
1875	Ruhegehalt eines Zeichnungslehrers	0	0	1'000
1875	Fehler vorjährige Rechnung	0	352	0
Befreundete Anstalten/ Ausserordentliche Beiträge				
1875	Naturhistorisches Museum	0	300	300
1875	Öffentliche Kunstsammlung	0	500	500
1875	Mittelalterliche Sammlung	0	3'500	3'500
1875	Kirchengesangchor	58	1'130	1'017
1875	Mädchen-Sonntagsschulen	116	500	621
1875	Nähschulen für Fabrikarbeiterinnen	0	250	250
1875	Verein für populäre Vorträge	33	1'380	1'371
1875	Waisenhausbibliothek	0	100	100
1875	Extra-Beitrag an das allgemeine Jugendfest	0	1'000	1'000
1875	Lokalmiete, Druckkosten, Einzug Jahresbeitrag, Inserate etc.	0	2'622	2'622

neuer Saldo	Beiträge von der GGG	Geschenke	Zinsen	Total
-------------	-------------------------	-----------	--------	-------

1	1'300	0	0	1'300
2'042	2'500	9'575	19'480	31'555
107	800	0	945	1'745
196	700	0	104	804
255	0	0	29'480	29'480
1'088	2'000	0	2'690	4'690
791	2'000	2'220	0	4'220
200	985	0	268	1'253
28'239	0	0	1'201	1'201
1'718	0	0	8'413	8'413
12'983	0	0	5'633	5'633
-21	400	0	777	1'177
-508	557	1'480	200	2'237
6	250	0	190	440
501	0	0	600	600
0	1'200	0	0	1'200
32	300	0	115	415
1'750	0	0	0	0
0	1'500	0	0	1'500
151	0	0	0	0
725	2'500	500	20	3'020
773	0	250	4'499	4'749
67	1'000	0	0	1'000
295	500	32	0	532
0	1'000	0	0	1'000
0	0	0	0	352

0	300	0	0	300
0	500	0	0	500
0	3'500	0	0	3'500
172	400	100	630	1'130
-5	500	0	0	500
0	250	0	0	250
8	700	680	0	1'380
0	100	0	0	100
0	1'000	0	0	1'000
0	2'622	0	0	2'622

## «BEMERKUNGEN ZU DER ALLGEMEINEN RECHNUNGSÜBERSICHT» 1845–1879

Jahr	Beiträge Mitglieder	Geschenke an die Zentralkasse	Zinsen und Erträge Vermögen	Geschenke Anstalten <sup>1</sup>	Ertrags- einnahmen Anstalten <sup>2</sup>	Einzahlungen Projekte Spezialfonds <sup>3</sup>
1845	4'896	1'600	803	3'450	5'506	0
1846	5'064	3'235	793	3'570	5'179	0
1847	5'056	3'400	798	8'316	5'876	0
1848	5'088	1'350	613	2'730	6'610	0
1849	5'232	3'290	662	2'983	6'267	0
1850	5'264	6'611	823	3'367	4'940	0
1851	5'376	17'658	1'160	1'411	5'170	0

Wechsel alte Währung zu neuer Währung

1852	6'970	13'977	1'379	4'067	7'191	0
1853	7'100	7'696	1'386	4'807	8'182	0
1854	7'190	3'578	1'680	3'965	7'051	0
1855	7'300	3'070	1'774	4'761	7'704	0
1856	7'420	5'700	3'122	4'218	8'670	1'100
1857	7'310	5'510	2'871	3'343	11'014	1'000
1858	7'500	6'320	3'070	5'981	11'480	0
1859	7'730	5'278	3'113	5'043	14'022	0
1860	7'980	4'110	2'952	8'183	18'717	0
1861	8'310	4'808	2'807	7'699	17'731	0
1862	8'460	16'850	2'920	6'670	14'957	53
1863	8'410	29'010	3'252	7'282	14'538	1'500
1864	8'540	8'410	3'663	9'670	14'472	2'700
1865	8'580	7'450	5'083	9'702	18'537	0
1866	8'710	10'325	4'355	10'083	15'894	0
1867	8'880	2'869	4'209	9'692	14'020	0
1868	9'040	550	4'224	37'613	34'199	1'000
1869	10'890	5'670	4'189	11'441	35'073	0
1870	11'620	1'050	3'984	12'090	41'413	0
1871	12'080	9'990	3'807	11'940	33'189	510
1872	13'190	14'210	4'913	15'476	54'721	0
1873	13'650	9'240	5'219	16'901	60'439	0
1874	14'090	26'540	5'620	15'088	168'926	0
1875	14'950	15'340	5'749	14'837	75'250	0
1876	15'300	18'366	6'930	16'005	70'714	0
1877	17'470	15'160	7'155	19'030	67'737	0
1878	17'370	1'040	9'852	20'564	133'198	0
1879	17'460	11'040	6'837	24'332	80'736	0

[1] Geschenke an die verschiedenen Institutionen der GGG

[2] Selbsterwirtschaftetes der verschiedenen Institutionen

[3] Sammlungen für neue Projekte

[4] Gesamteinnahmen der GGG in ihren Institutionen

Total Einnahmen <sup>4</sup>	Total Einnahmen Anstalten <sup>5</sup>	Total Ausgaben	Gewinn
16'256	8'956	17'979	-1'722
17'841	8'749	16'453	1'388
23'446	14'192	27'537	-4'090
17'553	9'340	16'391	1'161
18'436	9'250	14'974	3'461
21'006	8'307	14'433	6'572
30'776	6'581	14'292	16'483

33'585	11'258	26'710	6'875
29'335	12'989	24'316	5'018
23'466	11'016	23'981	-514
24'610	12'465	19'167	5'443
30'231	12'888	24'693	5'537
31'049	14'357	26'776	4'273
35'058	17'461	29'488	5'569
35'393	19'065	36'957	-1'564
42'077	26'900	47'319	-5'241
41'356	25'430	43'184	-1'827
49'911	21'627	36'409	13'501
63'992	21'820	36'710	27'282
47'456	24'142	36'996	10'460
49'353	28'239	55'709	-6356
49'118	25'977	45'065	4'052
39'685	23'712	44'444	-4'759
86'602	71'812	62'424	24'178
67'264	46'514	70'173	-2'908
70'357	53'503	64'479	5'877
71'518	45'129	62'914	8'603
102'960	70'197	68'737	34'223
105'224	77'340	92'962	12'262
231'264	184'014	221'942	9'322
126'480	90'087	122'874	3'605
127'520	86'719	179'190	-51'669
128'555	86'767	127'598	956
182'026	153'762	173'612	8'413
140'406	105'068	136'552	3'854

[5] Gesamteinnahmen  
an Geschenken  
und Einnahmen der  
Institutionen

